

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Beitrags-  
geld), bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom  
Deutschen Bauarbeiterverbande  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Bereits-Anzeigen werden mit 20 Pf für die drei-  
gesparten Zeitzettel oder deren Raum berechnet.

## Der Verbandstag zu Jena.

Es wird erst eines größeren zeitlichen Abstandes be-  
dürfen, ehe man sich ein gefärbtes und richtig abge-  
wogenes Urteil über den ersten Verbandstag des Deut-  
schen Bauarbeiterverbandes bilden kann. So sehr Ver-  
lauf und Ergebnisse unserer Tagung zu tiefer schärfster  
Beschäftigung reizten, die gewiß manche wertvolle  
Erkenntnisse bringen könnten, so erscheint es aber gleich-  
wohl läufig, eine solche Arbeit auf beschaulichere Zeiten  
zu verlagern, und es sei einem Bericht bewenden zu

Der Geschäftsbereich des Vorstandes und die  
Berichte der andern zentralen Körperschaften brachten  
erregte Aussprachen um das Zusammenschließen des  
Vorstandes mit dem Ausschuß und den Gauvorständen.  
Dem Vorstande wurde vorgeworfen, den Ausschuß nicht  
so berücksichtigt zu haben, wie es vorher im Maure-  
terbewegung geäußert gewesen sei. So seien z. B. die wichti-  
gen Vorlagen des Verbandsvorstandes an den Ver-  
bandstag nicht wie in früheren Fällen mit dem Ausschuß  
durchberaten worden. Der Ausschuß habe das als  
Durchfehlung empfunden. Aus den Reihen der Gauvor-  
ständen traten Anläger gegen den Vorstand auf, die  
den Vornimmtlager des Ausschusses zugunsten einer  
Zahl noch darüber hinausgingen; der Vorstand habe es  
darauf abgesehen, die Gauvorstände zu bewundern,  
weil sich diese gegen bestimmte Absichten des Vorstandes  
in Sachen der Lohnbewegung aufgestellt hätten. Die  
Vorstandsveteranen traten diesen Vornimmtlern entgegen;  
allerdings sei das frühere herzliche Einverständnis mit  
dem Ausschuß getroffen worden und auch mit den Gau-  
vorständen habe man Auseinandersetzungen gehabt; aber  
der Vorstand sei überzeugt, daß das nicht durch sachliche  
Meinungsverschiedenheiten verhindert sei, sondern daß  
die Bekämpfung der Stelle des ersten Vorstandes den  
Untergrund der Streitigkeiten geboten habe. So wurde  
hinsüber und herüber geschossen und oft mit recht scharfem  
Schrot. Ein Schlußantrag machte der niedersächsische  
Vorstand am Dienstag abend ein Ende.

Am dritten Verhandlungstage kamen die Anträge  
des Verbandsvorstandes zum Statut und der Antrag  
auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung vor den Verbandstag. Über die Statutänderungen  
sprach Paepcke, über die Arbeitslosenunterstützung  
Winnig. Die Referate wurden hintereinander er-  
stattet und füllten die Vormittagszeit aus. Für die  
Generalabstimmung teilte man den Beratungstisch, und  
zwar wandte man sich zuerst der Arbeitslosenunter-  
stützung zu, über die man bis zum späten Abend diskutier-  
te. Die Abstimmung erfolgte am nächsten Morgen.  
Der Verbandstag beschloß mit 301 gegen 97 Stimmen  
die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, hielt es  
jedoch nicht für angebracht, die Vorlage jetzt bereits einer  
Kommission zu übertragen, sondern vertrug die Ver-  
tretung bis zu den Schlußverhandlungen dieses Verbands-  
tages, die sich zur Erledigung der Lohnbewegung nötig  
machen werden. Eine Kommission von sieben Dele-  
gierten soll einige Tage vor dem Beginn der Schluß-  
tagung zusammentreten und die Vorlage in Arbeit  
nehmen. Die Statutenberatung verließ im allgemeinen  
ruhig und sachlich, obwohl gerade ihr Gegenstand ein  
Stein des Anstoßes gewesen war; ein Vertrag, sie in die  
Bahnen der Debatte über den Vorstandsbereich zu ziehen,  
blieb ohne Erfolg. Die Vorlage wurde, wie nicht anders  
zu erwarten war, einer Kommission übertragen, der aber  
leider sehr wenig Zeit zum Arbeiten übrig blieb. Die  
einschließende Änderung, die im weiteren Verlauf der  
Tagung beschlossen wurde, ist die Verringerung  
der Beitragss- und Unterstützungsstasse von zwölf auf sechs, und die Erweiterung der  
Reiseunterstützung auf das ganze Jahr. Dar-  
über wurde die Zahl der Vorstandsmitglieder auf 13  
erhöht. Von einigen weniger bedeutenden Änderungen  
abgesehen, blieb es beim alten. Aber die eingeführte

Siebenerkommission soll auch das Statut durchberaten  
und der Schlußtagung neue Vorschläge unterbreiten.

Zur Lohnbewegung nahm der Verbandstag  
nach einem Referat Silberschmidts eine Entschlie-  
zung an, die den bisherigen Maßnahmen des Verbands-  
vorstandes zustimmt, ihn mit den weiteren Verbands-  
tagungen betraut und daneben erneut feststellt, daß die end-  
gültige Entscheidung über Angebote oder Vergleichs-  
vorschläge vom Verbandsstage zu treffen ist.

Die Vorlage über die Vergleichung der für  
den Verband tätigen Mitglieder wurde ohne  
erhebliche Änderungen angenommen.

Endo stimmte der Verbandstag dem vom Verbands-  
vorstand vorgelegten Statut über Jugendabteilun-  
gen des Deutschen Bauarbeiterver-  
bandes ohne Debatte und ohne Änderungen zu.

Die Vorlage des Vorstandes über die Anstellungsb-  
edingungen für die befürworteten Verbandsmitglieder ging  
an eine Kommission. Nach längerer Beratung schlug  
die Kommission für die Gehältsätze für die Be-  
triebsbeamten bleibende wie in der Vorlage, und bei den  
Sätzen für die Angestellten der Zweigvereine ging sie  
darüber hinaus. Ihre Vorschläge nahm der Verbands-  
tag gegen eine nicht sehr starke Minderheit an.

Der Verbandstag fasste noch mehrere andere Be-  
schlüsse, die hier vermerkt werden mögen. Ein Colner  
Kollege, der durch einen Streikstreiter verletzt wurde und  
durch dauernd fecht ist, soll eine einmalige Unterstützung  
erhalten. Der Kollege Louis Eickstein in Zwickau, ein  
Veteran der Maurebewegung, erhält eine Rente. Das  
Gebäude des Böhmelburgs soll mit einem Denkstein gesetzt  
werden.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl aller bis-  
herigen Mitglieder. Neuwählt wurden Odenthal,  
Silberschmidt und Winnig. In die Redaktion des  
"Grundstein" tritt nun ein Hermann Otto, bisher Gau-  
vorsteher in Dortmund.

## Verhandlungsbericht.

k. Jena, 18. Januar.

Der Verbandstag trat heute vormittag hier zusammen.  
Er ist, dem starken Wadens unteres Verbands-  
gebiet, sehr zahlreich besucht. Den großen Saal des  
Vollhauses füllten die 350 Delegierten und 38 Gauleiter.  
Der Verbandsvorstand ist durch alle seine Mitglieder ver-  
treten; den Verbandsvorstand vertritt Dachne Berlin.  
Die Delegierten ist Marx & Hamburg anwesend. Die Zahl der  
Gäste ist diesmal auch stärker als auf früheren Tagungen  
des Maurer- und des Bauarbeiterverbandes. Der  
Arbeiterverband hat Steine & Hamburg, der Stein-  
metzverband Liebold Leipzig, der Dachdecker-  
verband Heinrich A. M. und die Bauarbeiterfachkom-  
mission Heinrich A. M. in Berlin delegiert. Die Brüderorganisa-  
tionen in Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich,  
Schweden, Dänemark und Schweden haben  
Vertreter entsandt.

Der zweite Vorsitzende des Verbandes, Behrendt  
Hamburg, eröffnete den Verbandstag mit einem warmen  
Rudus für den Kollegen Böhmelburg, den die Dele-  
gierten stehend anhören. Behrendt würdigte die großen  
Leistungen des Böhmelburgs, den die Führers und  
Leiter des deutschen Bauarbeiter. Sein Werk sei es, daß  
heute die deutschen Bauarbeiter in einer geringen Or-  
ganisation lagen. Behrendt gedachte zugleich des verlor-  
nen fränkischen Arbeitsteils der Bauarbeiter. Alte  
Möste, da wie Böhmelburg ein halbes Menschenstöck  
der Arbeitbewegung sein Werk gegeben habe. Die Toten  
tümmlen am besten darum geehrt werden, die deutschen  
Bauarbeiter weiter in ihren Säumen wirken.

Klupsch Jena begrüßte den Verbandsstag namens  
der Jenischen Bauarbeiter und wünschte den Delegati-  
onen Erfolg. Er hofft, daß die Aufgaben des Verbands-  
tages zum Wohl des Verbandes gelöst werden.

Bei der Konstituierung des Kongresses werden  
Paepcke Hamburg, Silberschmidt Berlin und  
Behrendt Hamburg als Vorsitzende gewählt. Ihnen  
sind zwölf Schriftführer und Redakteuren für  
die Tagesordnung beigegeben. Die vorgelesene Tagesordnung wurde be-  
stätigt. Sie lautet:

1. Berichterstattung des Verbandsvorstandes, der Re-  
visor, der Redaktion des "Grundstein" und des  
Verbandsausfluges.

2. Lohnbewegung 1913.

3. Beratung des Statuts:

a) Allgemeines;

b) Erwerbsmännerunterstützung und Neuordnung  
der Weltfrage.

4. Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiter-  
verband.

5. Vergleichung der agitatorisch tätigen Mitglieder.

6. Bestimmungen über die Anstellung der Beamten im  
Deutschen Bauarbeiterverband.

7. Verchiedenes.

8. Wahl des Verbandsvorstandes usw.

Nach Einführung einer fünfjährigen Mandats-  
prüfungskommission hielten die ausländischen Delegierten

Begrüßungsansprachen.

Für die standinischen Länder sprach Person.  
Sichend, der tief bedauert, daß der Deutsche Bauarbeiter-  
verband seinen ersten Name heute nicht mehr in seiner  
Mitte hat. Böhmelburg wurde auch in den standinischen  
Ländern tief verehrt. Redner erinnert an die Kämpfe in  
seiner Bande; er wünscht schließlich den Beratungen des  
Verbandsvorstandes Erfolg.

Nicolaus Frankreich bringt den deutschen Brüdern  
die herzlichsten Glückwünsche der Arbeiterschaft Frankreichs.  
Er hofft, daß der Verband durch die Beratungen für die  
morgigen Kämpfe gefährdet werden möge.

Tettena Österreich begrüßt den Verbandstag

namens der österreichischen Bauarbeiter, die wie ihre deut-  
schen Kollegen tief um Böhmelburg trauern würden. Die  
Österreicher hätten Böhmelburg als ihren besten Kämpfer  
gefunden, und der österreichische Verband seit mit  
seinen Kämpfen von Erfolg zu Erfolg gefahren. Wie die deutschen standen auch die österreichischen Kollegen  
vor einem harten Kampf mit den Unternehmern. Die  
österreichischen Unternehmer hätten beschlossen, den Kampf  
zu gleicher Zeit mit dem deutschen Unternehmertum auf-  
zunehmen. Sie würden aber die Arbeiters beider Länder  
getilft finden. (Stimmisch Zustimmung.)

Nach weiteren Begrüßungsansprachen von Nied-  
erwehr und de Brouwere Belgien erstattete  
Wohrendt Hamburg den

## Geschäftsbereich des Vorstandes.

Aus den Ausführungen Wohrendts sei hervorgehoben:  
Mit der Vertreibung Böhmelburgs, der ja gleich nach dem  
Kampfe 1910 erkannte, hätten Verstand und Gauvorstand  
Kollegen Paepcke konfrontiert. Die Gauvor- und  
Geschäftsführer sei besser von  
Gauvorstand gegangen, als es der größte Optimist je gehofft habe.

Ebenso erfreulich sei, die Mitglieder eben eingangs  
in den einzelnen Zweigvereinen sei ein Wettkampf ent-  
standen, um zu zeigen, wie gut sie vorwärts schreiten. Die  
Werkskraft des Verbandes habe sich aufs Beste bewährt, er  
gab am Schluß des dritten Quartals 1912 eine Mit-  
gliedszahl von rund 349 000 mit dem gegenüber  
gegenüber 245 000 im ersten Quartal 1910. Der Zuwachs sei also  
bedeutend, und auch eine große Steigerung des Vermögens  
verbunden.

Der Vorstand hat pro Mitglied 1910 einen Betrag  
von 40 Pfennig, 1911 ein solches von M. 28,00 und  
1912 ein Vermögen von M. 38,50. Die Einführung der  
Grenzenunterstützung in den Wintermonaten habe auf dem  
konstituierenden Verbandstage in Leipzig keinen Wider-  
spruch gefunden. Heute könne über fortsetzen werden, daß  
die Werkskraft jener Kollegen nicht eingetroffen sei.

Der Redner berichtet nun kurz die Lohn- und  
Wirtschaften in den Jahren 1911/12, von denen wir bereits im Vor-  
bericht ein ausführliches Bild geben, und schlägt dann  
wie die Werkskraft verschiedene Zweigvereine des Verbandes als  
politische Vereine zu erkennen. Trotz aller Schwierigkeiten schreite  
der Verband aber immer weiter vorwärts. Behrendt  
ging dann auf den Bauarbeiterkampf ein, der noch  
ungeklärt ist. Von 72 492 im Jahre 1910 bei  
Bauarbeitergenossenschaften angemeldeten Unfällen  
hatten 13 407 mit 1050 tödlich Verletzten entstellt  
werden müssen. Diese Zahlen zeigten, wie notwendig ein  
gewisser Schutz von Leben und Gesundheit für die Bau-  
arbeiter wäre. Am Schluß seiner Ausführungen wandte  
sich Redner schließlich auf Ausführungen im juristischen Be-  
reich des Ausfluges. Dort wird gesagt, daß seit dem Aus-  
schied des Kollegens Böhmelburg und der Leitung der Ges-  
ellschaft der Geschäftsführer auf die Verantwortung bei der  
Entwicklung des Verbandes wichtig geworden ist. Er kann  
nach gegenseitiger Kenntnisnahme und Absprache verein-  
stet mit den leitenden Personen der beiden Körperschaften  
in die Wege geleitet und zum Nutzen gebracht werden,  
wurden, werden heute vom Verbandsvorstand, ohne dem  
Ausflug vorher auch nur Kenntnis gegeben zu haben, be-  
schlossen zu werden Ausführung gebracht und der Verbands-  
ausflug vor fertige Taschen gestellt. Man beruft sich

auf festländische Bestimmungen des Status und sägt gut eingebürgerte und zum Ruhen des Verbandes bisher verdeckte Einrichtungen einfach beiseite. Die Beteiligten gewinnen den Eindruck, als wenn an den leitenden Stellen eine gewisse Autokratie anfinge, sich bemerkbar zu machen, welche neben sich gleichberechtigte und selbständige arbeitende Kräfte nicht zu dulden gewillt ist und auch deren Meinungen und Ratschläge als nicht beachtenswert beiseite schüttet und den eigenen Willen durchsetzt. Meistens besteht ein lieber Wille, die Beteiligten, die Funktionen des Ausschusses seien klar und beständig im Statut vorgeschrieben. Der Vorstand sieht den Ausschuss nicht als gleichberechtigte, nebenstehende Körperschaft an, sondern als eine Körperschaft, die über ihm steht. Der Vorstand habe dem Ausschuss in allen Fragen Rechte und Antwort auf sieben, wenn dieser an ihn heransteht. Der Vorstand wolle aber, daß der Ausschuss unabdinglich von dem bleibe, was der Vorstand tut. Wenn der Ausschuss zusammen mit dem Vorstand über einzelne Fragen beschließe, dann könne er kein unparteiisches Richter über den Vorstand mehr sein. Mit seinem Vorstand gehe der Ausschuss über seine statutarischen Rechte hinaus und schreite jenseits, der Vorstand glaubt, die Rechte des Vorstandes in der Verhältnisfrage gut gewahrt zu haben. (Selbst.)

Den Bericht über den Bericht gibt Robert Hamburg, der die Finanzverhältnisse des Verbands für politisch erläutert. Die wichtigsten Zahlen aus diesem Bericht haben wir bereits im Vorbericht gegeben. Am Ende des Berichtes steht die Rentenunterstützung. Das Vermögen des Verbands beträgt über 500 Millionen. Es sei finanziell gesichert und könne mit Ruhe handelnden Kampfen entgegensehen.

Nach dem Bericht der Delegierten, den Marx Hamburg gab, sind Kasse und Bücher bei Revisionen immer in bester Ordnung gefunden worden. Die Revisionen beantworten dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen. Den Bericht über den Bericht des "Grundstein" erstattet Winnig Hamburg, der den Unterstufen zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Tagesszeitungen präzisiert und seine Aufgaben kennzeichnet. Die Abstafion des Gewerkschaftsbüros steht in ihrer Tätigkeit immer unter politischen Aufgaben, wobei man die Gebote der Zunft beachten muß. Das bringt mit sich, daß die Arbeitsmarktkontrolle nicht mehr den ungeteilten Bereich der Kollegen findet. Die Abstafion glaubt aber, ihren Aufgaben gerecht geworden zu sein. Sie kann sich noch Gräfinnen empfehlen, den guten Namen, den der Gewerkschaftsbund gegen sie hat, bis hierher und nicht weiter. Der Vorstand sieht über dieser Konferenz, diesem unterstehtender Vorstand seine Vorlagen und fügt sich dem Dilettum. Der Ausschuss habe die Anteilnahme des Vorstandes, die in wichtigen Tatsachen zu überwachen. Er habe keine Macht, mit dem Vorstand umzugehen, um zu sein. Nehmen empfindet es als ein bitteres Unrecht, daß der Vorstand den Vorstand in seinem Bericht in getoter Weise abgestraft hat. (Der Ausschussmann Paepplow folgte der Berichtung in großer Aufmerksamkeit, sie wurden bei fallig aufgenommen.)

Nach kurzen, aber unweisenlichen weiteren Ausschreibungen zweier Redner wurden die Verhandlungen vertagt.

**Organisation-Bremen** begrüßt, daß der Vorstand Kollegen, die der italienischen Sprache mächtig sind, aufgestellt hat. Diese Kollegen sollten aber nicht nur in dem Gau tätig sein, wo sie ihnen Sitz haben. Die Agitation unter den italienischen Arbeitern sei dringend nötig. Mit der Stellungnahme des Ausschusses gegen den Vorstand sei Redner nicht einverstanden. Das Recht, das der Ausschuss hätte, denn nicht so, wie getan, vorgelesen durch. Die teilweise Ausschließungsgesetzgebung regt Redner an, das Statut zu ändern. Die Ausschusssitzungen seien, wie die Hirma Hollmann aus Frankfurt a. M., bei Bewegungen überall angesiedelt werden, da sonst diese Firmen sehr leicht Neigungswillige von dem einen Ort nach dem anderen abschieben können.

**Siegler-Rixdorf** kritisiert, daß dem Stuferauschuss das Wahlrecht zum Vorstandstag genommen wurde. Wenn der Ausschuss zusammen mit dem Vorstand über einzelne Fragen beschließe, dann könne er kein unparteiisches Richter über den Vorstand mehr sein. Mit seinem Vorstand gehe der Ausschuss über seine statutarischen Rechte hinaus und schreite jenseits, der Vorstand glaubt, die Rechte des Vorstandes in der Verhältnisfrage gut gewahrt zu haben. (Selbst.)

Den Bericht über den Bericht gibt Robert Hamburg, der die Finanzverhältnisse des Verbands für politisch erläutert. Die wichtigsten Zahlen aus diesem Bericht haben wir bereits im Vorbericht gegeben. Am Ende des Berichtes steht die Rentenunterstützung. Das Vermögen des Verbands beträgt über 500 Millionen. Es sei finanziell gesichert und könne mit Ruhe handelnden Kampfen entgegensehen.

Nach dem Bericht der Delegierten, den Marx Hamburg gab, sind Kasse und Bücher bei Revisionen immer in bester Ordnung gefunden worden. Die Revisionen beantworten dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen. Den Bericht über den Bericht des "Grundstein" erstattet Winnig Hamburg, der den Unterstufen zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Tagesszeitungen präzisiert und seine Aufgaben kennzeichnet. Die Abstafion des Gewerkschaftsbüros steht in ihrer Tätigkeit immer unter politischen Aufgaben, wobei man die Gebote der Zunft beachten muß. Das bringt mit sich, daß die Arbeitsmarktkontrolle nicht mehr den ungeteilten Bereich der Kollegen findet. Die Abstafion glaubt aber, ihren Aufgaben gerecht geworden zu sein. Sie kann sich noch Gräfinnen empfehlen, den guten Namen, den der Gewerkschaftsbund gegen sie hat, bis hierher und nicht weiter. Der Vorstand sieht über dieser Konferenz, diesem unterstehtender Vorstand seine Vorlagen und fügt sich dem Dilettum. Der Ausschuss habe die Anteilnahme des Vorstandes, die in wichtigen Tatsachen zu überwachen. Er habe keine Macht, mit dem Vorstand umzugehen, um zu sein. Nehmen empfindet es als ein bitteres Unrecht, daß der Vorstand den Vorstand in seinem Bericht in getoter Weise abgestraft hat. (Der Ausschussmann Paepplow folgte der Berichtung in großer Aufmerksamkeit, sie wurden bei fallig aufgenommen.)

Nach kurzen, aber unweisenlichen weiteren Ausschreibungen zweier Redner wurden die Verhandlungen vertagt.

### Zweiter Verhandlungstag.

**Die Debatte über die Geschäftsbücher** wurde heute fortgesetzt. Sie bewegte sich zunächst in einem Bereich, der ausschließlich dem Ausschuss unterstellt war. Was aus dem Ausschuss wurde, aber bald sehr lebhaft, als Kollege Hiltmann unter teilweise Zusammensetzungsbefreiungen eine Reihe von geistigen Ausführungen von Paepplow antwortete. Der erste Redner

**Hilke** - Berlin lobte den "Grundstein", der ein gutes Stück Arbeit leiste, er gehöre zu den besten Gewerkschaftsbüchern. Redner meint, daß der Vorstand Aufklärung über die "Bauernfürsorge" gebe, damit die Delegierten zu Hause für die Situation bereitstehen können.

**Hilke** - Berlin begründet einen Antrag, den Gau

Bremenberg zu teilen.

**Lingen** - Berlin meinte, der Ausschuss verfehle bei Erfüllung seiner Berichte über Gewerkschaftsbücher einsetzung. Wenn darüber dem Verband Schweißglocken entstehen, so werde wohl auch noch die Befreiung gesetzlichen Antrags auf den Ausschuss beziehen. Er bitte, einen Antrag der Bauernkonferenz Frankfurt a. M. abzulehnen, die Herausgabe eines sozialistischen Beilage wünscht. Der Herausgeber ständen große Schwierigkeiten entgegen, auch glaube Redner nicht, daß damit einem großen Bedürfnis entsprochen würde.

Den Bericht des Ausschusses

gibt **Hilke** - Berlin. Der Ausschuss habe 95 Delegierte zu erleben, davon 54 Gewerkschaft und 41 Belegschaft und Belegschaften; 100 Mitgliedschaften mit 35 Belegschaften, und zwar: 1. Reichsaussch. 10 Belegschaften, 2. Kreisunterprüfung, kein Belegschaften, 3. Streites, Ausserungen, Bauersperren und damit zusammenhängende Unterstützung, 10 Belegschaften, 4. Renten- und Sterberücksicht, 10 Belegschaften, 5. Gewerkschafts- und Innungsunterstützung für Belegschaften; Ausschluß aus dem Verband und sonstige Strafen, 28 Belegschaften; allgemeine repressive gegen die Geschäftsführung im Verband, 20 Belegschaften. Redner bespricht einzelne Ausschüsse mit dem Vorstand. Die Vorwürfe gegen den Vorstand gehen besonders darin, daß bei wichtigen Entscheidungen der Ausschuss und die Bauernschaften nicht einbezogen werden. Er sieht der Delegierten nicht vorbehaltlos, daß die Vorstager nicht vorbehaltlos werden, daß die Vorstager den Verbandsbericht betreffend die Umgestaltung der Institutionen im Verband, wie auch die Einführung der Arbeitsklausur, auf einer Seite und Vorstand auf der anderen haben. Die Klausur ist in den verschiedenen Ausschüssen über den ganzen Teil gegen den Widerstand des Ausschusses und der Vorstager an den Verhandlungtag gebracht worden. Der Vorstand ist anders gewesen. Die Bauernschaften wollen im gewissen Sinne vom Vorstand abhängig werden. Der Vorstand habe das Gefühl, daß einzelne Personen im Ausschuss nicht anfallen, dadurch würden sie über Ausschuss hinweg vom Vorstand abhängig werden. Der Vorstand erhält ihren Willen durchschreien wollen.

Au diese Debatte soll sich sich folgen.

### Lebhafte Debatte,

aus der wir hervorheben: **Hilke** - Berlin wünscht mehr Berücksichtigung der einzelnen Spezialgruppen, und insbesondere bei den Betonarbeitern und im Eisenbahn mehr Agitation betrieben wird. Er bemängelt, daß die Betonarbeiter nicht gleich den anderen Branchen an einer Bauernkonferenz eingeladen wurden. Weitere Bauernarbeiterkonferenz sei unbedingt nötig, ebenso wie eine Lohnkonferenz. Die geläufige deutsche Bauarbeiterföderation habe das dringendste Interesse, befere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betongewerbe zu schaffen.

**Gau** - a. S. Solowitz willigen die schwierigen Verhältnisse in Überblicken. Es sei notwendig, daß in den Verhandlungen ein Kollege, der deutsch und polnisch spricht, angesetzt wird.

**Hilke** - a. S. Hamburg kritisiert, daß der deutsche und polnische Verhandlungsausschuss aufgespalten hat, obwohl Bremenburg auf dem Verhandlungstage in Leipzig erläutert habe, die alten Gewerkschaftsbücher ließen bestehen. Redner trifft sehr energisch für die Niederdeutsche der alten Mitglieder ein.

**Hermann-Eichens**: Das Gesamtinteresse der Entwicklung des Verbands sei ein gerade glänzendes. Es sei aber immer noch eine bedeutende Organisationsarbeit zu leisten, die Unorganisierten wäre noch gegeben. Der Erfolg der Agitationstournee liegt in seinem Zusammenhang mit den hierfür aufgemachten Mitteln. Es läßt hier eine andere Einrichtung getroffen werden. Die öffentlichen Leistungen sollte mehr Verteilungsfreiheit geben werden. Der Verbandsstag in Leipzig habe den Vorstand aufgefordert, ein literarisches Bureau zu schaffen. Diesem Auftag sei aber der Vorstand noch nicht nachgekommen. Eine baldige Durchführung sei aber angebracht. Das geistige Leben müsse etwas geboten werden.

**Thöns** - Berlin meint, der Ausschusstag wiederholen habe sich zu referieren verhalten. Das Hiltmann

sollte habe, sei aber den Kollegen nicht mehr neu. Der Vorstand habe sich an die statutarischen Bestimmungen zu halten, das habe er aber nicht getan. Er bitte, daß die Vorlagen, die vom Ausschuss und Bauernverbund abgelehnt wurden, nicht mehr an die Öffentlichkeit kommen sollen.

**Hilke** - Berlin meint, die Verhandlungen der Delegierten nicht mehr auf die Wiederholung des Ausschusses habe. Er bitte, daß das frische gute Verhältnis zwischen Vorstand und Ausschuss wieder hergestellt wird.

**Kriecke** - Königsberg: Wir hatten bisher zwischen Vorstand und Ausschuss ein harmonisches Verhältnis. Um so mehr haben wir dem gegenwärtigen Zustand bedauern. Daß Hiltmann sei mit dem Ausschuss und Bauernverbund abgelehnt, steht nicht mehr in dem öffentlichen kommen. Der Vorstand habe die wichtigen Fragen gehabt, wie Paepplow sagte gestern, der Ausschuss habe ihm zwei Klagen auf die Rose seien wollen. Hiltmann hat uns aufgeklärt, daß er keinen Wein eingeschlagen hat. (Zuruf: Ganz rein!) Daß Hiltmann sei mit dem Ausschuss und Bauernverbund abgelehnt, steht nicht mehr in dem öffentlichen kommen. Die eingeladenen Sparten sind nicht mehr in dem öffentlichen kommen. Die eingeladenen Sparten sind nicht mehr in dem öffentlichen kommen.

**Winnig** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist. Die Geschäftsführung sei heute bei 35000 Mitgliedern eine viel schwierigere als bei dem Bremenburg mit 18000 Mitgliedern, mit dem man groß geworden sei. Die Leitung im Bauarbeiterverbund habe Bremenburg nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Ausschuss, daß er die Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Winnig** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Gau** - a. S. Berlin: Der Vorstand ist über der Vorlage und Ausschluß ein harmonisches Verhältnis. Immer mehr Gewerkschaften werden uns alte Gewerkschaftsrechte genommen. Die eingeladenen Sparten sind nicht mehr in dem öffentlichen kommen. Der Vorstand habe die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Gau** - a. S. Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**Hilke** - Berlin: Was ist aus dem Ausschuss und Bauernverbund? Der Ausschuss und Bauernverbund habe die Ausschließung der Ausschüsse nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber der Interessen des Verbands getreut habe. Von den Vorlagen des Vorstandes an dem Verhandlungstag seien, so wie es der Vorstand gesagt hat, die Befreiungserklärungen, die Arbeitsergebnisse nicht allzu schwer machen (Schrift richtig) und nicht immer sagen, daß es kein Bremenburg ist.

**P**aetow-Homburg (Vorstandsmitschrift) erhielt eine längere Medizitat. Er beantragte zunächst die Aufhebung wegen der „Vollstreckung“, die noch nicht in Kraft treten könne, da die Genehmigung der Behörde noch aussteht. Es siegte viele Staaten am Werk, um die Vollstreckung unmöglich zu machen. Daraufhin sei die Hoffnung bestärkt, dass sich auf Aufführungsschreibe nicht abwenden lässt, die Genehmigung zu erteilen. Der Bauarbeiterverband sei an der Verabsiedlung einflussreiche Gewerkschaften beteiligt. Dann ging Paetow in ein fünfjährige Weile auf die Streitpartei ein. Er sagte, er

lonne die Ausführungen Hüttmans, Silber Schmidt's und Horsters nicht akzeptieren. Die soziale Darstellung Hüttmanns und Silber Schmidt's ist nicht aufstellend. Das geländende Recht im Verbund habe ich im Anfang dieses Jahrhunderts geschaffen. Zwischen dem früheren Vorstehenden und Ausdruck und den Gauvorstehenden hat nicht die Einigkeit bestanden, wie es heute hingestellt wird. Vomselbst habe ich Gauleiter unter der Budget gehabt. (Sie richtet) und wir fanden keinen nachvoll, daß sie nun gleich noch mehr abholen wollten. Insofern ist die Darstellung Silber Schmidt's falsch gegen die bisherigen Verhältnisse.

Am Denk Berichterstattung des Vorstand, Ausschuß und Gauvorstehenden, wie es durch das Gesetz geschaffen wurde, ist nichts geändert worden. Am einen Tag ist der größeren Wohl, wie früher ist der Ausschuß allein unterrichtet worden, was der Vorstand vorhatte. Daselbe trifft für die Gauvorstehenden zu. Wenn Hütmann sagte, daß die Streitseiten ihre Urteile in der Lohnvereinigung hätten, so ist dies durchaus unrichtig. Silber Schmidt sagte schon, daß wir uns in dieser Frage völlig geeinigt haben: Auf einen Standpunkt, der sachlich genau das will, was der Vorstand von Anbeginn im Auge hatte. Die Urteile der Differenzen sind persönlicher Natur. Ich kann allemal möglich machen, daß wir den Ausschuß immer rechtzeitig davon unterrichtet haben. Wir haben dem Ausschuß davon Kenntnis gegeben, daß Böhmenburg die Gefüchte nicht mehr führen kann. Eine Konferenz ist diese Frage angekommen worden, mit welchen und den Mat des Verbandsausschusses gebeten, um ein entsprechender Verbandsstag einzuberufen, oder einen Kollegen die Berichterstattung Böhmenburgs übertragen wird. So hat der Ausschuß versucht. Es wurde festgelegt, daß alles so bleibt wie bisher. In diesem Grunde war der gemeinsame Konferenzen des Ausschusses, des Gauleiters und des Vorstandes. Der Vorstand kann es bestimmt, bis zum heutigen Tage die Berichterstattung Böhmenburg zu übernehmen. Wir wollten nicht voreignen, mir bis zu dem Zusammentriffen des Verbandsstages sollte das Provisorium dauern, das wurde dem Ausschuß und den Gauvorstehenden mitgeteilt, und zugleich wurde ich als der Kandidat des Vorstandes bestimmt. Bei der Konferenz wurde kritisiert, daß wir keine Kandidaten vorstelten, jetzt hilf es, der Vorstand wollte der Konferenz neue Kandidaturen aufdrängen. Es herrschte eine große Verunsicherung, selbst Sonderkonferenzen der Gau-

vorliegenden wurden abgehalten; das fügte dazu, daß in einer Frage eine Einigung stattfand. Von Hüttmann und Hörter wurde die Lohnbewegung als der Hauptpunkt der Differenz bezeichnet. Als Winnig auf der Konferenz seinen von Hüttmann beanstandeten Vortrag hielt, hatte sich der Vorstand noch gar nicht festgelegt. Wir wollten den Gauvertreter aber seine Meinung aufzufrägen, sondern bestimmte Grundsätze festzulegen. Winnig sagte auch, daß durch seine Ausführungen nur seine Meinung ausgedrückt wird. Dem Grunde nach teilte der Vorstand die Ansicht des Winnigs. Aber nun wurde gefragt, wie wollten die Ansicht des Vorstandes hören und nicht die Winnigs. Höhnen wie es umgeteilt gemacht, wäre sicher der Vorwurf gekommen, der Vorstand wolle ja auf Grundsatz keine Meinung erzielen. Später wurde ja auf Grundsatz eine Einigung erzielt, die ein Ausweg war. Ein Teil von dem enthalten, was Winnig der Konferenz vorstellte, war diese Stelle. Die haben wir gesagt, nein; beiwal, nein, durch Beschluß des Verbandsstages. Insofern war die Lohnbewegung mit einer Ursache der Differenzen, den Anfang, ja aber die Personenfrage gegeben. (Zurufe: Winnig war es!) Nein, das entscheidende Moment war die Personensfrage, wie er Selbstverteiler Löhnbewegung erwandeln wußte soll. Zwar in der Ansicht, daß eine Auslösung den Vorstand Unrecht getan kann, ist die Lohnabschleiferfrage Winnig nicht, obgleich Docqua noch recht lange Lohnabschleifer war. Ich habe die Geschäfte im Vorstand so weiter geführt, wie ich früher gehabt habe würden. Es wurde von mir immer erläutert, es kann nur ein Provisorium bis zum nächsten Verbandskongress sein, dem Verbandskongress solle nicht vorgespielt werden. Wenn also die Ding nun liegen, bei der Stellung, die die Gauvertreter einnehmen, kann ich mir erklären, daß denen nicht mehr daran, für den Posten des ersten Vorsitzenden in den Deutschen Bauernarbeiterverband zu kandidieren (Mehrere).

Nach einer Pause potenziert Gaufräuber Muth-Gölin  
in farbiger Form gegen Baeflowl. Er stellt sich auf den  
Standpunkt Höhlmanns über die Urfaße des Streites.  
Muth erläßt im Laufe seiner Ausführungen unter  
Bülderspruch Baeflowl fel nicht der geeignete Mann, um  
den Verbund im entscheidenden Moment draufzuhauen zu ver-  
treten, ihm fehlt das nötige starke Organ. (Heiterkeit.)

Silbermann ist in Berlin belont, die Weinmeisterschaften sind hier in einem Auslande ausgerichtet, man muss Gastmessen kaufen. Es ist unmöglich, an dieser Stelle Wachstum zu schaffen. Silbermann schlägt vor, eine Kommission einzurichten, die sich mit der ganzen Frage beschäftigen soll. Er wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen den Bonnurst-Papstwahl, seine Ausführungen seien nicht wahr. Niederer erklärt dann, mit dem Schreiben des Vorstandes, in dem er Baerlom als Vertreter Königsbergs vorgeschlagen habe, hätte er es jedem anderen unmöglich gemacht, diesen Posten anzunehmen. (Sehr richtig!) Er habe auch nie daran gedacht, einen so offenen Wahlkampf zu wollen, und bitte, ihn bei dieser Freigeistigkeit auszuspielen. Es müsse immer gewertet werden, eine Einigung auf erzielten. Silbermann hofft, dass Baerlom an der Stelle bleibt, wo er steht. (Applaus.)

Ein Schlussantrag, der schon zweimal abgelehnt war, wurde nun mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Annahme fand dann ein Antrag, die Streitfrage vorstand-Ausschuss einer einundzwanziggliedrigen Kommission zu überweisen, die in einer späteren Sitzung beurteilen soll.

Kollege Bechert ging auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Die den Sülfleutoren eingeräumten Rechte beruhen auf den für die Angliederung aufgestellten Bedingungen. Der Verbandsstag sei jetzt bestrebt, diese Rechte abzusichern, wie er sie für angebracht hält.

Ratssuperintendent Schröder-Schmitz erklärte, dass er voll und ganz an den Beschlüssen des Vorstandes steht und stets gegen Verbilligung beigetragen habe.

Redakteur Bini in Hamburg: Der Antrag auf Aufstellung einer fachlichen Beilage ist in der Debatte vom Antragsteller verteidigt worden, er wird darum angenommen sein. Nach den heitigen Aussprachen über die Streitigkeiten zwischen Vorstand und Ausschuss bzw. Gründungsversammlung wird man der Meinung sein können, dass eigentlich der bei den mit seinen Vorträgen über eine neue Orientierung unserer Sozialpolitik den Streit verursachte. Was war nun der Inhalt dieser Vorträge? In seinen Vorträgen, Oktober 1911, behandelte ich die Gegenwart und zitierte „Bismarck“ und „Grundstein“ bzw. meinen Standpunkt. „Der große Kampf“. Man willigte meinen Standpunkt ein. Dies unterstrich ich, ob wir uns die Notwendigkeit gegeben haben einen Extraabdruck auszuhändeln. Ich erinnere hierzu die entsprechende Aussage.

vereinigte diese Röntgenheit und die Konferenz hilfreiche Anfichten. Nur zwei Kollegen, darunter Silber-  
schmid, waren anderen Ansicht. Danach beschreibt er ganz  
präzise die Maßnahmen für das Jahr 1913. Dabei  
stellte ich in den Vordergrund, daß wir uns beweisen  
wollten, die starken Unterschiede im Lohn zwischen den Groß-  
städten und den kleineren und mittleren Orten zu ver-  
hindern, weil hierin eine Ursache des ungeheuren An-  
spruches der Arbeitsschafft nach den Großstädten liege.  
Daneben erörterte ich, in der Konferenz im Fe-  
bruar 1913 mitgetragen und erneut die Bedingungen, die für eine  
soziale Röntgenheit günstig seien. Der Gedanke fand gegen-  
über den Gewerkschaften keine Zustimmung. Sie erwarteten eine  
höhe Handelsgewinn, um die Zölle fallen lassen, zumal  
seit es in den Rückständen eingedrungen ist, daß die Konferenz  
zur Zustimmung geführt haben. Schon auf einer Konferenz  
im Juni 1912 war keine Rebe mehr dargestellt. Und obwohl  
diese Vorträge die Schulden am Streit beglichen,  
das ist natürlich nicht wahr! Die Quelle des Streites  
ist natürlich gewesen Sie jetzt. Glauben Sie, daß meine Vorträge fu-  
erderhin geweisen haben, daß sie diesen Streit entseindeln  
wollen, so heissen Sie mich gehen, ich kann nicht an  
meinem Amt und ich gehe dann mit dem Beweis herum,  
ob weder der Ausführungs- noch die Bauvorbehenden meine  
Arbeit auslösen können.

Ausdruckspräferenzen. Da *es* in Berlin betont, daß vorherige Verhältnisse des Auskusses zu dem Verbandsvorstand sei nicht, wie Böppli ausführte, eine vorherige Verhältnisse nur durch den lebhaftesten persönlichen Kontakt zwischen Böppli und dem Auskuss unterteilt. Seit jener habe zwischen Böppli und Verbandsvorstand eine einzige Arbeitsgemeinschaft bestanden. Als Auskuss eine Meinung verlangte, über die Besetzung des Vorstandes nominierte die Meinung der Gauleiter zu hören; er nicht die Sicht gehabt, irgendwelche Differenzen zu haben mit dem Vorstand hervorzuurufen. Der Auskuss könne sich als Urheber des Wissverbandes nicht angesehen werden. Auseinander seien die beiden Körperschaften erst bei der Ausarbeitung der Vorlagen an den Verbandskonventionen, wobei der Auskuss nicht gehört worden sei. Bei der Abberufung des Berichts habe es dem Auskuss Gelegenheit gegeben, den Vorstand irgendwie zu stärken und Auskuss wollte aber seine Ansicht über die Aenderung des Verhältnisses zwischen ihm und dem Vorstand zur Sprache bringen. Nedder hofft, daß die Kommission einiges Bild über die Differenzen bringe.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag, der die rechtliche Gewaltmäßigkeit aufrechterhalten will, vom Vorstand verworfen. Der Antrag Frankfurt a. M. war technisch keine Bedrohung, wurde abgelehnt, um Anfangs von einem früheren Redaktionsausschuß verlangt. Dem Rästter wurde Entlastung erteilt, die Abstimmung über die Dachgarterleistung an den gesamten Vorstand wurde ausgekehlt, bis die Kommission Bericht erstattet hat.

Die Tagesordnung wird etwas umgestellt. Morgen soll ein Staatenberatung vorgenommen werden.

Wendt, 8. Uhr, verabschiedet sich der Vorstandskreis.

#### **Dritten Marthaudynastie**

Deutsche Verhandlungen

Das erste einheitliche Rezept zur  
Staatenberatung  
wollt Papenow Hamburg, der die Abänderungsver-  
ordnung des Vorstandes ausdrücklich begrenzte. Einige  
der anderen, dürften an festigen Auseinanderset-  
zungen führen, doch vermutlich werden sie nicht  
viele Gegenstimmen erhalten. In diesem Falle  
widerstreut wäre der Vorstand über die Neu-  
ordnung der Universität an die geöffneten, die  
Papenow eingeschlagenen erläuterten. (Den Holligen ist die Vor-  
ordnung des Vorstandes ja bekannt, so doch mit Kreuz, Kreuz)

Die Verteilung der Befehle, welche die Besitzungen verwalten, ist so gut wie mit ihrem Inhalt  
und dem Vertrag, welchen sie bestimmen, verbunden. Sie sollten nicht Beziehungen  
zu den höheren eingerichtet werden, welche bestimmen, ob die Besitzungen  
ihre Pflichten nur ein Sekretär ausfüllen sei. Die  
notwendige Verteilung der Besitzte soll die Ausführung  
der Besitzte soll den Vorstand überlassen werden. Die besondere Kostenförderung der Gewerbeleute  
wurden aufgehoben. — Die Vorstöße hätten die Zu-  
wendung der Gewerbeleute und des Ausläufers nicht ge-  
wollt. Der Vorstand habe es aber als sein Pflicht ge-  
achtet, die Vorlage dem Verbandstag vorgelegt zu unter-  
breiten. Der Vorstand soll von 11 auf 18 Bevölkerun-  
gen erhöht werden. Der Vorstand des  
deutschen Reichsverbaus werden als neue Vertreter eingestellt.  
Vorstand und Vorstand in Vorstand gehoben.

llen zwei (bisher einer) Stellvertreter zur Seite stehen. Ein weiterer wichtiger Vorzählgang des Vorstandes ist die Einsetzung eines Beirats. Dieser soll aus den Bürgern des Verbandsgutsbezirks und aus Kollegen

der Verbandsstag aus der Sicht des Bezirksfürstes wählte bestimmt. Bei der Auswahl der Deputatenmänner und -frauen sollen im Mäßigt alle Berufsgemeinden und alle Verbandsgebiete berücksichtigt werden. Der Beirat soll gleichzeitig im Jahre 1918 eine Urkunde über die beredtenden Sitzungen mit dem Verbandsausschusse einberufen werden. Am Beiratssitz kann der Verbandsvorstand außerordentliche Sitzungen mit dem Ausschusse ansetzen. Auf Beschluss des Verbandsausschusses mögliche außerordentliche Sitzung des Vorstandes mit dem Beirat stattfinden. Ein Beirat, wie ihn der Brittan versteht, besteht ja bereits, erklärte Redner, doch soll es gleichzeitig ein geschaffenes Recht werden. Die heutige Deputation willigte ein, dass die Beratungen, welche den Verbandsstag aus der Sicht des Gauleiter gewährt werden.

An Stelle der bisherigen zwey Beitragsklassen schlägt der Vorstand nur sechs Klassen vor, wodurch die Arbeitseinfachheit vereinfacht werden. Die Beiträge sollen nach der Höhe des Stundenlohnes 40 bis 90 g.— ohne Abteilung der Zweigvereine betragen. Sofern beitragen die Beiträge einflussreiche des Kreises zu Zweckvereinen 35 bis 50 g.— Bischöflich bitten zum Schlusß seiner Ausführungen, den Vorstädten des Vorlandes aufzustimmen. (Brabo.)

**Einflussnahme vom 26. I. 1861. —** „... der

Einführung der Arbeitsbeschaffungsunterstützung  
erfießte Redakteur W. in jg., der einleitend in geodeau-  
längernder Weise die Entwicklung des Kapitalismus prä-  
zerte. Der Kapitalismus habe den feudalistischen Grund-  
besitz, Pachtfolge für den einzelnen, niedergeschlagen; darüber  
habe er persönliche Freiheit gebracht, die Freiheit der Aus-  
weitung durch das Kapital. Die Folge wäre dann der Niede-  
rlandung, daß der Staat, die Gesellschaft sich um die sozialen,  
wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen kümmern hat.  
Doch aus dieser Selbstbestimmung der Gesellschaft heraus-  
würde auch das Staatsaufrecht der Arbeitnehmer geboren. Die  
Welle des sozialen Gedankens schwellt immer mächtiger an  
und seine Macht zieht auf die Oberschicht nicht ohne  
Einfluß, sie mußte ihm Rechnung tragen. Der Arbeit-  
er, der heute nicht mehr als einzelner dem Kapital gegenüber-  
steht, wird in dem Mutterinstitut genannten sein soziales  
Leben mehr. Wie verändert die Gemeinschaft mit seinen  
Arbeitsengagementen? Die SED darf damit seiner Organisation durch  
eine Einführung der Arbeitsbeschaffungsunterstützung  
die Wiederherstellung der sozialen Sicherheit ermöglichen.

Der Gedanke der sozialen Lebensfürsorge ist auch in unserer Organisation lebendig. Wir sind dazu bestrebt, Mitglieder bei Sterbefällen, bei Beerdigungen usw. zu unterstützen. Bei den Organisationsleuten lebt aber dieser Drang noch besonders. Die Mitgliedschaft in einer Organisation kann nicht auf die Befreiung von Pflichten mit nur bei Staatsfeind, nicht auf bei Staatsfeind ausreichend werden? So liegt im Laufe der Jahre die Bedeutung der Organisationen, die die Arbeitslosenunterstützung einführten, ganz gewiß, kontinuierlich nun der Kampfschärfarbeiter unserer Organisation bei dem Unterstüzungseinrichtungen stehen? Es ist undenkbar, daß der Kampfschärfarbeiter erlaubt werden könnte. Er wird in jeder unserer Versammlungen unter neue geweiht. Wir die Volksverbündet des Kampfschärfers sind dazu Tag an dem Bunttuch eingekleidet? Würde es auch nicht eine Art zu großen Feierlichkeiten werden, wenn die Unterstüzungseinrichtungen in jedem Fachgebiet die theoretische Möglichkeit läßt sich nicht beitreten. Die Bourgeoisie zeigt aber das Gegenteil. Der deutsche Metallarbeiterverband gab in den Jahren 1910/11 9,4 Millionen Mark für Lohnkämpfe aus. Das ist doch eine gewaltige Summe. Der Vorstand läßt auch in seiner Vorlage die Kuppen in dieser Sicht glücklich umgangen zu haben.

Ein weiterer Einmond ist, der Staat habe die Bürger bei Arbeitslosigkeit zu föhlen. Ganz richtig! Aber, es werden noch manche Jahre vergehen, bis der Staat sich dieser Pflicht unterzieht. Wie lange werden wir bei- weilsbleiben, noch warten müssen, bevor der preußische Staat sich zu der sozialen Aufsicht der Bürgerschaft des Staates befennl, die wir haben? (Die richtig) Sollen wir uns darauf beschämen, nur die Bürgerschaft des Staates an belonen und nicht aus eigener Kraft etwas zu tun? (Die richtigen) Wenn dann die kleinen Jungen handeln, der sagte: „Es ist schon recht, daß ich fröhlich bin, wenn ich mit meiner Mutter keine Handlung mehr ausführen kann.“

„gabe“) Je mehr die Gewerkschaften aus eigener Kraft uns tun, um so mehr werden die staatlichen Höpterschaften gezwungen werden, uns zu folgen. (Zustimmung.) Wie sind die Pioniere zur Verstärkung des sozialen Gemeinschaftsvertrags auf verschiedenen Gebieten gemeint und werden sie auch bei der Arbeitslosenunterstützung einsetzen? Winnig kennzeichnet dann die Vorteile bei der Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung — die moralische Wertschätzung und Schaffung von kulturellen Wertesicherungen, Unabhängigkeit an die Organisation — und der Vorschlag dann, durch allgemeinmäßige Vergleichsrechte mit anderen sozialen Sicherungsmaßnahmen des Staates verbunden, die Möglichkeit der Durchführung einer „Basisrente“ vorzusehen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist nur in den Monaten März bis Dezember beschlossen worden, während sie nur in 1. März 1914 geschehen. Ein Vertrag, die Unterstützung auf das ganze Jahr zu erstrecken, würde der Verband unter allen Umständen juristisch verhindern. Der Zeitpunkt ihrer Einführung soll erst auf dem Verbandsstag beschlossen werden, auf dem der Siegel über den Umschlag des Dokumentenkampfes gedrückt wird. Der erwartete Beitrag muss allerdings schon von 1. März 1913 ob verhoben werden. (Zustimmung.) Das ist des Bündels Kern! Jawohl! Die Allgemeinheitlichkeit des Verbands dient für die Arbeitslosenunterstützung nicht in Anspruch genommen. Es muss dafür ein besonderes Konto geschaffen werden. Die Kollegen werden sich mit der Weitersetzung abstimmen; dies wird um so leichter sein, als wir Ihnen ja etwas dafür bieten. Der Vorstand erhält eine Zweidrittelmehrheit für seine Vorsorge notwendig. Er glaubt, sonst wird die Durchführung nicht verantwortet zu können. Gehen Sie mit Bedachtamkeit und Selbstverständnis in die eigene Stadt ans Werk! (Stimmischer Beifall.) Es gehen mehrere Anträge an, das Rejestr. Winnig

als Druckschrift für die Mitglieder drucken zu lassen.  
Es wird beschlossen zunächst nur über die Einführung  
der Arbeitslohnunterstützung zu debattieren.  
Bei Beginn der Diskussion sind bereits 35 Redner ein-  
gezeichnet. Sie sollte gleich anfangs bestimmt sein. Die  
Anzahl der Vorstandsworthe ähnen schon diese feststel-



hindigt hat. Nun unterstellt der Berliner Trägerverband jetzt gewisse Konstruktionsmaterialien, wie Dachkonstruktionen usw., gleichfalls seiner Preisbestimmung, weil sie ergeben haben soll, daß Mitglieder der Trägerpreise dadurch unterhalten, daß sie Kunden, die von ihnen Träger und Dachkonstruktionen begegnen, für Konstruktionsmaterialien besonders billige Preise berechnen. — Ununterbrochen geht die Kartellierungsbewegung fort, für die Provinz Sachsen ist die Niedersächsische Mauersteinerwerker Gesellschaft m. b. S. gegründet worden, der sich 50 Biegel- und Kalksandsteinfabrikanten angeschlossen haben. — Bis zum Jahre 1910 wurde der Vertrag des Verbands Deutscher Wandplattenfabrikanten G. m. b. H. verlängert. Der Vertrag, dessen Güte von Meilen nach Wiesbaden verlegt worden ist, betrifft die Preisfestlegung und sieht, wie ausdrücklich vorgesehen wird, auch den Kampf gegen außenliegende Fabriken sowie deren Vertreter oder Händler vor, die den Zielen des Verbandes entgegenarbeiten. Verfolgt wird weiter die Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Mosaikplatten.

### Eine böse Suppe eingebrockt

haben sich die christlichen Führer, die im Saarbezirk zu einem Sturm gebracht und dann die lutherischen Chöre ausdrücklich gefordert haben. Die Erzeugung der Bergleute über dieses Komödienstück zeigt sich am deutlichsten in den Verhandlungen, die fast ausnahmslos zu Radauersammlungen aussetzten und zum Teil sogar politisch aufgelöst wurden. Besonders merkwürdig ist die Stellung der katholischen Geistlichkeit des Saargebiets zu der Frage des Streitens oder Friedenskriegs. Selbst der Bischof von Trier hat eingeschworen, daß er an die Parteien keinen Sturz verhindern kann, daß aber Hoffnung auf eine baldige Auflösung der Krise besteht. So glaubt ich doch, in letzter Stunde Sie innigst bitten zu sollten, die Arbeiter vor einem unberüchtigten Krieg zu warnen. Ohne mich in die schwierigen Fragen im einzelnen einzumengen, bin ich doch der Meinung, daß nach den Erfahrungen der Herr Minister öffentlich gegeben hat, sowohl betreffs der Arbeitsschaffung als auch der allgemeinen Erholung der Löhne, jeder vernünftige Grund, die Arbeit einzufordern, geschwunden sein dürfte. Ich hoffe und bitte zu Gott, daß die Bergleute nicht daselbst Einstand für sich und ihre Familien und ihre Zukunft heraufbeschwören, das sie nun dem Sturm von 1893 entgangen sind. Sie bitten Sie es die anderen Deutle bereuen müssen, wie viele haben es mir später gesagt, daß sie damals unsern wohlgemachten Herren nicht gefolgt sind, um vorwarnende Stimme nicht gehört haben. Ihre Gedanken mögen sich in geistiger Weise von dieser Worte ihrer Herren Kollegen verständigen zu wollen. Wir allein sind dazu bestimmt, daß die Volksfest des Friedens, welche diese Tagen verhindert wurde, in die Herzen aller tritt, das Eindringen des Streits abwenden und den Arbeitern die Erfüllung ihrer derselben Wünsche dauernd sichern möge.

Natürlich sind die christlichen Führer von dem Eingreifen des Bischofs und seiner gehorsamen Geistlichkeit in den wirtschaftlichen Kampf nicht erbaut. Sie schimpfen deshalb wie Schrecklinge, was sich erfäßtretende Geistlichkeit nicht lassen lassen wollen. Nicht weniger als 88 katholische Geistliche haben einen Protest erhoben, der lautet: „Die Heute zur Ausstellung der katholischen Arbeitervereine (GK Berlin) erschienenen Geistlichen des jüngsten Betr. in zahlreichen Versammlungen von Mitarbeitern des Arbeits- und Bergvereins kritischer Bergeboten und durchsetzt.“ Sie erheben Proteste gegen die in Folge der genannten unvollen Bevölkerung laufenden Sammlungen Schmähungen und Verunglimpfungen katholischer Geistlicher, welche in wohlmeintender Liebe zu den Arbeitern vom Stellvertreter der GK Berlin, weil sie überzeugt sind, daß diese unter den sehr abwertenden Beschimpfungen nicht eine Reaktion, sondern eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter herbeiführen muß. Sie protestieren gegen die einstige Herstellung gewisser katholischer Zeitungen, insbesondere der „Katholischen Volkszeitung“, „Augsburger Volkszeitung“ und anderer, über die Streitbewegung im Saarbezirk. Dadurch ist die öffentliche Meinung irregeführt und eine Sabotage der katholischen Arbeiterschaft, die nach den Weisungen des heiligen Petrus überall unterstützt und gefordert werden muß, verübt worden. Sie sind enttäuscht auch in Zukunft allezeit, umgedreht, die Weisungen, für die Rechte und das Wohl des Arbeiters gemäß den katholischen Grundsätzen fest und entschieden eingetreten.“

Diese Erklärung hat den Unwillen der katholischen Geistlichkeit erregt. Unsere katholische Kollegin „Die Katholische“ macht daher die Bemerkungen, die wir uns nicht entgehen lassen wollen: „So einfach wie im Saarbezirk liegen die Fragen, so einfach kommt, um ohne intime Kenntnis der einschlägigen gewerblichen Verhältnisse ein Urteil über Arbeiterschaften abzugeben zu können. Wenn die Geistlichkeit sich aber frohheitlich in diese Kämpfe mischen will, in welche Situation muß sie dann geraten? Sie steht dann nicht mehr über den Parteien, um beide Teile zur Einsicht mehren zu können, sondern ist selbst Partei geworden, und wird damit auch in den Strudel dieser Kämpfe, die sie gar nicht zu verhindern vermögen, hineingezogen. Mit einem Teil ihrer Gläubigen muß sie immer in Konflikt geraten, und zwar mit dem, der zum Nachgeben veranlaßt werden soll. Die Erfahrung des Hochs. Herren im Saarbezirk ist der einsatzlose Beweis dafür. Und daß damit dem christlichen Leben innerhalb der einzelnen Gemeinden nicht gedenkt ist, bedarf gar keiner Erörterung.“

Es kommt aber noch ein besonderer Grund hinzu, der es gebietet, darüber nachzudenken. Wie viele geistliche Herren sind so unabhängig, um nach ihrer innersten Überzeugung han-

deln zu können, sobald Streitfragen über den Lohn und die übrigen Arbeitsbedingungen aus Entscheidung stehen? Sie sind abhängig von Behörden, von politischen Kirchenpatronen, von Möhlinen, Stellen sie sich auf Seite der Arbeiter, müssen sie wagen, anderweitige und höhere Interessen zu gefährden, die bei passiven Verhalten außerhalb jeder Gewalt stehen. Am Saarbezirk scheint diese Bestützung sogar den Tadel an den Habsus verhindert zu haben. Erzeugen Sie die Partei der Unternehmer gemeinsam mit den Arbeitern in Konflikt. Wer im gewöhnlichen Einigungsbewegungen bewandert ist, weiß, welche unendlichen Schwierigkeiten selbst der unparteiische Schiedsrichter zu überwinden hat. Nicht mit Unrecht schreibt er auch die Arbeit, daß die geistlichen Gewalt und persönliche Freiheit der Unternehmer und anderer Personen bei den anfangen Kirchenbehörden an sich, insofern sie selbstständig sind, gesellschaftliche Einflüsse der Arbeitnehmern gegenüber den Arbeitern oder Händlern vor, die den Zielen des Verbandes entgegenarbeiten. Verfolgt wird weiter die Zusammenarbeit mit dem Verband Deutscher Mosaikplatten.

Irrationale, die in gleichem Maße wie der Verlauf an das Land zunahm. Charakteristisch ist weiter, daß der Absatz der gefügten Produktionsmenge sich statt rückläufig in vielen Fällen seitens der Elternwerke die Ufergrenzen nicht eingehalten werden konnten und der Preis für Tonstein sich erhöhte.

Die Ausschreibungen über die Preisbewegung sind gleichzeitig ein Handelsvortrag. Die Rohstoffe haben sich allgemein im Preise höher als vorher, etwas schon im Vorjahr 1911, die Zolleinheiten zahlreich. Wahrscheinlich eine steigende Nachfrage einschließen sollten. Vergleichsweise trat dies auf im Bereich des Eisensteins gegen 1910, im Bereich des Steins gegen 1911 höher; für Eisen um 16 pfl., für Blei um 26 pfl., für Kupfer um 17 pfl., für Zinn um 21 pfl. Ähnlich erhöhten sich die Preise für Güter, noch mehr für Metalle, besonders für Randsorten aller Art; ferner für diejenigen Materialien, die in den chemischen Industrie und den verwandten Gewerben Verwendung finden: für Salpeter, Ammoniumsulfat, Schwefelsäure, Asphalt, Blei, Bleiweiß, Röhrer, Blei, verschiedene Oele. Die Preise für Kohle hielten sich im Durchschnitt auf dem hohen Stand des Vorjahrs; einzelne Sorten gingen jedoch nach dem Ende dieses Jahres hinaus. Die Ziegelfabrikate mußten gleichfalls ihre Güterpreise teurer beginnen als im Vorjahr. Es war gegen Schluss des Geschäftsjahrs um 15 pfl. Baumwolle, was gegen 1910 um 14 pfl. kostete, um 20 pfl. für Kupfer gegen 1910 „Preise gestiegen“, so dass die Preissteigerungen bei Rohstoffindustrie fast als normale behandelt werden. Die Preise für Goldene gegen jetzt im Laufe des Jahres 1912 an, die gegen die Erzeugung für deutsche Steinsteine nicht über 50 J. bis 41 hinaus, während die Erhöhung bei englischer Kohle allerdings 4 für die Tonsteine betrug.

Etwas Mahres wird zweifellos an der späteren Entwicklung sein, daß die witterungsbedingten, höherruhenden Industrien Schwierigkeiten hatten, für ihre Roh- und Fertigfabrikate immer den nötigen Preisausgleich zu finden, obwohl die Handelskammer selber bestmöglich hinzuseit: für verschiedene Gewerbe sei der Ausgleich zum mindesten „angebaut“ und bei Brüchen mit starken Nachfrage nach ihren Erzeugnissen, wie bei der Elektroförderschiffbau, sei die Preisregelung reichlich befriedigend ausgewirkt. Indes mag das zeitliche Vorauseilen der Rohstoffpreise gegenüber den Fabrikalpreisen manche Erleichterungen bringen, so dass der Preisausgleich um so leichter erzielt werden kann, auf die der Vertrag an anderer Stelle zu sprechen kommt. Die Unternehmer haben offenbar darüber, daß sie zur Erparung am Produktionsstoffen, die die Kosten des Arbeiters markten im Jahre 1912 nicht zu Lasten der Arbeitern fallen, ebenso wie man nach dem Wochentakt der Warenproduktion hätte kommen sollen. Gerade im Handelskammerbezirk (nicht überall, das Stadt-Beispiel ist in allen Gewerben festgestellt worden, „nur“ die preisgestrigene Vermehrung der Arbeiterschaft“ ein „Dasein“ verhindert eben die Arbeitnehmer vom Ohnmacht, auch wenn „Gerechtigkeit und Liebe“ ihnen gegenüber mit Güten getreten werden. Dadurch gewinnt die ganze Frage ein noch weit erweitertes Gesicht, sie trägt andauernd und tiefsinnigsten Gehalt an, wenn sie in ihrem Schopf.“

Diese Ausschreibungen unserer christlichen Kollegin bestätigen nur das, was wir immer gesagt haben: Die Christen wollen keine starke Erhöhung der Preise von

ihren eigenen Direktoren ablehnen und sich um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, da sie ganz andere wirtschaftliche und soziale Interessen haben als die Arbeitnehmer. Damit sprechen sich aber die christlichen Gemeinschaften selbst ihre Christenberechtigung ab. Das haben wir schon so häufig nachgewiesen, doch jedes weitere Wort überflüssig ist.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Aus dem Berliner Handelskammerbericht: Graf des Aufschwungs, Preisbewegung, relative ungünstige Arbeitsmarktsituations der Teneratur.

Seit der vorigen Rundschau ist der Jahresbericht der Handelskammer zu Berlin erschienen; und wenn auch das hier entworfene Bild in den Grundzügen ein wohlgesetztes ist, so verloren es doch, ein paar wichtige und umstrittene Eingehungen hervorzuheben.

Rück der Berliner offiziellen Handels- und Industrievertretung hat das Wirtschaftsjahr 1912 das drei vorangegangenen Jahre, die bereits einen seitigen Fortschritt aufgewiesen hatten, trotz aller politischen Störungen auf den meisten Gebieten überholt. Sieht man von den Wagnisse und den mit ihm in näherer Verbindung stehenden Branchen ab, so darf man sagen, daß die Aufwärtsbewegung, die sich im Jahre 1912 vollzog, eine allgemeine und weitreichende trockenheit einzelner Betriebe von dem Aufschwung unterscheidet, das auf besondere Umstände zurückzuführen ist, die für die Gesamtumwelt nicht in Betracht kommen.“ Nutzt man die Steigerung der Eisenbahn- und sonstigen und des Außenhandels, wird besonders auf den einheimischen Bereich, wo an Rohstoffen und Materialien hingewiesen, also auf die Eisen, die hier ergeben, wenn man der deutschen Produktion die Ein- und Ausfuhr als Verbrauch und Vermindezung zur Seite stellt. Bei der Kohle ergibt sich alsdann im Jahre 1911 eine Zunahme des Konsums um 4 bis 5 pfl., gegen im Jahre 1912 von 9 bis 10 pfl. Das bei der Versorgung des gefügten Betriebsbreches die ausländische Kohle nur mit 6 pfl. beteiligt war, während sie im Vorjahr noch 7 pfl. beigetragen hatte, während die Menge der deutschen Kohlenausfuhr um etwa 17 pfl. über das Exportquantum des Jahres 1911 hinausging, mag nebenbei bemerkt werden. Die Eisen ist verhältnismäßig auf die Verbrauchsbeschränkungen und daraus ergibt sich wiederum, daß von der Stodung oder Verlangsamung des Absatzes besonders Stahlfabrikate und überhaupt Waren des unteren Preisklasse erfaßt wurden. Es war dies beispielweise im Textilgewerbe — welches die Betriebe auf die notwendigen Lebensmittel jedesmal mit unzähliger Sicherheit am Preisdeckel der Arbeiterschaftsgesellschaft — während des Geschäftsjahrs, namentlich vom Dezember ab, zu beobachten. Unter den Branchen, die in ähnlicher Weise beeinflußt wurden, befinden sich die Gewerbe, welche Modelle, Kurgutwaren, Schuhe, Eisenwaren, Tabakfabrikate und Ähnliches aus vertreiben. Daß nahezu der gesamte Deutschen und daß ferner diejenigen Gewerbe waren, welche die Kaufmannschaft, mit beiden Preisdeckeln zu reden hatten, ohne durch die Preisdeckel geminderte Absatzung zu beklagen, bedarf keiner Erwähnung.

Die Eingehungen sind nicht ohne Wert. Zum Beispiel, wie die Arbeitnehmer, waren im Jahre 1912 einen Aufschwung tatsächlich die einzige Leidende: „In nächster Zukunft viel mehr nachgelassen werden, was ihnen im Gegensatz zu den Unternehmern, die jingle Vergrößerung verlor.“ Berlin, 13. Januar 1913. Mag Schipper.

## Neue Schutzeinrichtungen beim Überdachmauern.

(Fünf vier Abbildungen.)

Die gewerbliche Unfallverhütung in Deutschland steht unter dem nicht zu unterschätzenden Einfluss der Unternehmensorganisationen. Im Baugewerbe haben diese Organisationen zum großen Teil noch einen glänzenden Charakter und es ist ihnen bekanntlich eine dreiste Unverantwortlichkeit eigen. Wer darüber im Zweifel ist, dem empfehlen wir, die Verhandlungen und Beschlüsse der diesjährigen Tagung des „Bundes Deutscher Baugewerksmeister“ und der „Baugewerks-Berufsgenossenschaften“ in Altona zu lesen. Nachdem das Reichsversicherungsamt ein Verbot des Überdachmauerens abgelehnt hat, ist jetzt für die Herren Baugewerksmeister der Weg zur „Hebung“ des Baugewerbes und der weiteren Einschränkung des Arbeiterschutzes frei.

Auf dem sogenannten Baugewerksmeiterstag zu Altona im September dieses Jahres wurde über die Frage des Überdachmauerens und die damit verbundene Unfallsgefahr verhandelt. Die Frage ist schon 1908 auf dem Verbandstage der Baugewerks-Berufsgenossenschaften in Essen von den Unternehmern beraten worden. Wie in Essen, so war auch in Altona Herr Ganzlin aus Magdeburg Referent. In Essen wurde dem Referenten noch Herr Althaus aus Frankfurt a. M. als Koreferent engagiert. Daraus hat man diesmal abgesehen. In Frankfurt a. M. ist die Hessen-Nassauische Baugewerks-Berufsgenossenschaft zuständig, die bekanntlich das Überdachmaueren durch Schuhbestimmungen eingeschränkt hat. Die bekannte Wasserflutpumpe des Herrn Althaus hat den Referenten, einem rücksichtslosen Gegner dieses Schutzes, nicht wege getan. Schließlich einigten sich die feindlichen Brüder auf eine Resolution. In Altona war das nicht mehr notwendig, hier kamen die Dinge einfach und ohne lange Kompromiss behandelt werden. Herr Ganzlin griff fest zu, um die Stellungnahme des Reichsversicherungsamts zu rechtfertigen. Nach der „Baugewerkszeitung“ wurde er von Herrn Gebauer aus Frankfurt a. M. „wirklich“ überstürzt. Herr Gebauer „schürte die Verbündete in seiner engeren Heimat, wo man sich jetzt auch mehr und mehr von der Ungefährlichkeit des Überdachmauerens überzeugt habe.“ (1)

Nötig war eigentlich die ganze Rederei nicht; denn was hier von dem Überdachmaueren erzählt und womit die Schuhlosigkeit der Arbeiter begründet wurde, das wussten die Anwohnden längst, und daß es auch die übrige Welt erfuhr, dafür hätte der Verband der Baugewerks-Berufsgenossenschaften ebenso gezeigt. Aber es sollte hier etwas anderes erreicht werden. Am 1. Januar 1913 wird die Unfallversicherung des Reichsversicherungsamts in Kraft treten, und im April soll zum ersten mal nach dem § 857 verfahren und das nach sämtliche Unfallverhütungsvorschriften nachgeprüft werden. Zur weiteren aber ist aus den Verhandlungen des diesjährigen Verbandsstages des Baugewerks-Berufsgenossenschaften zu erkennen, daß die Beratungen über die Normalunfallverhütungsvorschriften noch nicht abgeschlossen sind. Das realistische Unternehmensium hält es nicht nur für dringend notwendig, eine gesetzliche Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes zu verhindern, sondern es will auch dahin wirken, daß liberal da, wo noch wirksame Schutzmaßnahmen gegen die Gefahren beim Überdachmaueren usw. bestehen, diese befestigt werden. Zu diesem Zweck wurde die folgende Resolution angenommen:

„Der 27. Delegiertentag des Innungsverbands deutscher Baugewerksmeister in Hamburg-Altona hält die Ausführung einer Bestimmung in die Unfallverhütungsvorschriften nicht für erforderlich, wodurch das Überdachmaueren verboten wird oder wonach beim Überdachmaueren eingeschlossene Schuhgerüste an den Frontwänden angebracht werden müssen.“

Während die Unternehmer und Innungsmeister des Baugewerbes Blätter schmieden und Schlässe lassen, um den Arbeiterschutz zu einer leeren Wortspielerie herunterzudrücken, ist die Unfallverhütungstechnik an der Arbeit, durch neue

Schutzeinrichtungen möglichst viel Unglück und Elend der Arbeiter zu verhindern. Um den durch den Arbeiterschutz „so sehr belasteten Unternehmern“ die Verhüllung der Bauten zu erleichtern, brachte die „Baugewerkszeitung“ in der Nr. 48 dieses Jahres die Darstellung eines Baugerüsts zum Ausführen von Umfassungswänden mit in der Wand überbaubar angeordneten, in regelmäßigen Abständen übereinander liegenden Konsolen. Der Darstellung waren Abbildungen beigegeben. Das Blatt schreibt einleitend hierüber: „Eine wichtige Neuerung dieses Baugerüsts von Emil Schäfer in Zürich (D. R. P.) besteht darin, daß die Arbeitssöhne dem jeweiligen Fortschreiten des Baues entsprechend an in das Mauerwerk eingehängten Konsolen am Bau hochgezogen werden kann. Zu diesem Zweck werden bei der Errichtung des Mauerwerks in bestimmten Abständen Mauerbüschen eingesetzt, in die die abnehmbaren Konsolen

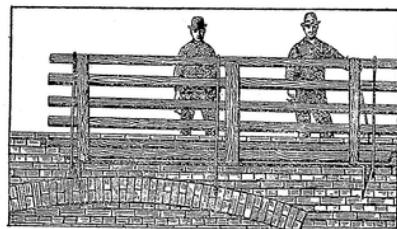
freigemacht werden können. Die Unfallverhütungstechnik ist ein undenkbares Gebiet, was bekanntlich von der Technik im allgemeinen und der Kriegstechnik im besonderen nicht gefragt werden kann. Sowar bemüht sich das Reichsversicherungsamt, durch die Berufsgenossenschaften auf die Unternehmer einzuwirken, nur bei solchen Fabrikanten (Befestigungs-) Maschinen, Betriebsseinrichtungen und Werkzeuge zu kaufen, die die besten Schutzeinrichtungen angebracht haben. Das mag sehr gut und praktisch sein, genügt aber allein nicht. Eine amtliche Reichszentralstelle für Unfallverhütung würde geschworene Einzelheiten des gewerblichen Arbeitsverfahrens zu prüfen und danach durch Preisrauschenordnungen Forderungen an die Techniker zu stellen haben, diese Gefahren durch zweckmäßige Schutzeinrichtungen zu beseitigen oder einzuschärfen. Der Zentralstelle müßten Fonds zur Bezahlung der Techniker zur Verhüllung stehen, da ihre Arbeiten oft mit nicht unbeträchtlichen Geldsummen verknüpft sind und außerdem durch den Patentenschutz verteidigt werden. Der mühevollen Arbeit folgen heute meist große Entlastungen. Das Unternehmen lohnt nur Erfindungen, die das Produktionsverfahren vereinfachen oder verbilligen; aber für Erfindungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes haben Unternehmer nur vereinzelt etwas übrig.“

Die Presse die Mitteilung, daß zum Zweck der Förderung und Unterstützung von Erfindungen und Arbeiten aller Art auf dem Gebiete der Unfallverhütung und des Gesundheitsschutzes der Arbeiter von 35 Berufsgenossenschaften die „Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin-Augusta-Victoria-Stiftung“ mit einem Vermögen von M. 177 500 gegründet worden sei. Zuvorwohl die Berufsgenossenschaften daran beteiligt sind und die Stiftung sich entwickelt hat, darüber ist bis heute in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden, auch nicht darüber, inwiefern aus dieser Stiftung bedeutsame Konstruktionen eine Hilfe gütlich geworden ist. Jedenfalls liegt diese Stiftung im Interesse der Berufsgenossenschaften und kann, wenn der Fonds auf eine der Sache angemessene Höhe gebracht wird, immerhin von großem Nutzen sein.

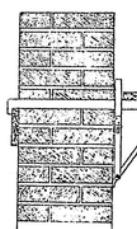
In der „Ständigen Ausstellung für Arbeiterschafft“ zu Charlottenburg sind zwei Schuhgerüste beim Überdachmaueren ausgestellt. Ein Schuhgerüsthalter „Deutsch“ der Fa. Rudolph Ude in Lübeck (Abbildung I und II) dient zur Anbringung eines Schuhgerüsts. Es besteht aus einem eisernen Gestell, das zusammengelegt und transportabel ist. Der Schuhgerüsthalter wird provisorisch mit in die Mauer eingearbeitet. Er ist zu diesem Zweck verstellbar, je nach der Mauerstärke. Ist der betreffende Mauerstein entsprechend weit hochgeführt, so werden die Halter herausgezogen und oben von neuem wieder eingearbeitet, so daß ein ständiges Hochnehmen des Mauerwerks stattfindet. Neben der wagenrechten Ausleger (Konsole) soll ein Brett gesetzt, während an die senkrechten Stäben ein Lattenbügel gehängt wird.

Das Gewicht jedes Schuhhalters beträgt etwa vier Kilogramm. Bei der Abnahme von zehn Stäben soll der Preis des einzelnen Halters 5,- betragen.

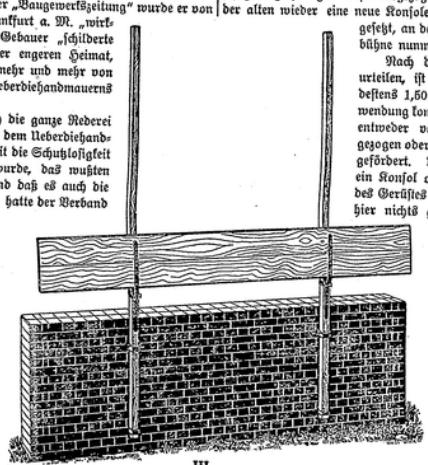
Das zweite Schuhgerüst ist unter Kollege Carl Löppel in Golßen konstruiert. (D. R. G. M. 466288.) Es ist auf Veranlassung der Generalkommission der Gewerkschaften zur Ausstellung gekommen. Das Schuhgerüst hat ebenfalls den Zweck, die Absturzgefahr beim Überdachmaueren von Außenwänden und bei Wänden von hohen Innenräumen zu verhindern. (Abbildung III.) Bei jedem Stoßwerk werden in der Mauer 1,30 unterhalb der Vollsteinlage und in seitlichen Abständen von 2 m fortlaufend Unter- und rechteckige Osen eingelassen. Bei der weiteren Aufstellung des Mauerwerks in Höhe von 1 m werden dann senkrecht unter den unteren und oberen Untern eingelassen, worin die vierkantigen Latzen mit den Einklappklammern zur Aufnahme der Schuhgerüste oder Schuhbrettern festgesetzt werden. (Abbildung IV.) Um zu verhindern, daß die Latzen tiefer durch die Osen sinken als zweckmäßig ist, ist bei den Latzen im richtigen Maßverhältnis ein starker Eisenstift durchgetrieben. Die Untern ziehen des Unters wird an der Rückseite des Mauerwerks eine



I.



II.



III.



IV.

länglich gelochte kleine Eisenplatte vorgelegt und dann ein Kellnerringeltrieben. (Abbildung IV.) Die Klammern sind leicht beweglich und drücken sich durch die Schwere der Breiter fest; ebenso sind sie leicht anzusehen. Die Unter können nach Entfernung des Kellers und der Platte ohne Schwierigkeiten aus dem Mauerloch herausgenommen werden. Mit einigen leichten Hammerschlägen wird der Unter nachgetrieben und dann durch eine Lattie mit einem halbmondförmigen Nagel heraus und in die Höhe gezogen. Die Unter werden je nach der Stärke der Wände lang sein müssen. Die Zahl der Eindringklammern, Latten, Bretter und Unter wird durch die Größe des Baues bestimmt. Bei Gleisbauwerken, wo Schornsteine hervorbrechen, werden erforderlichweise Ausständer mit Vorhang anzuwenden sein, die besonders hergestellt werden müssen. Ein 10 m langes Schürgerüst mit sämtlichen Zubehör kostet M. 70. Das ausgefertigte Schürgerüst ist in handlicher Größe ausgeführt.

Neben das Löffelische Schürgerüst hat der Vorsitzende der III. Sektion (Gotha) der Thüringischen Bauernverbandsgenossenschaft an den Genossenschaftsvorstand einen günstigen Gutachten abgegeben. Es wäre aber auch Pflicht unserer intelligenten Kollegen, die ein Interesse an der technischen Weiterentwicklung des Bauarbeiterlebens haben, sich über die vorgeschäfteten Schüreinrichtungen kritisch auszulassen. G. H.

## Politische Umschau.

**Sozialpolitische Debatte im Reichstag.** — Wie das von den Sozialdemokraten beherrschten Preußischen Reichstag und der Reichstag zum „Schutz der Arbeitswilligen“. — Die Landtagsneuwahlen in Preußen. — Präsidentenwahl in Frankreich.

Den Reichstag beschäftigte in voriger Woche in fünf Sitzungen die Generaldebatte zum Gesetz des Reichsministers des Innern. Diese Debatte umfaßt regelmäßig das ganze weite Gebiet der inneren Politik, insbesondere auch die sozialpolitischen Fragen. Alle Parteien bemühen sich, um entsprechend den von ihnen verfassten Grundlagen und Interessen, Stellung zu solchen Fragen zu nehmen, ihre Wünsche und Forderungen vorzutragen und Rücksicht an den bestehenden sozialdemokratischen Gesetzen und Einrichtungen sowie an der Regierung zu üben. Es kann nicht fehlen, daß solcher Gegenseitigkeit die Gegenständlichkeit der Parteien zueinander und zu der Regierung darf zum Ausdruck kommt. Deutsche Deputierten bieten in der Regel reiche Abwechslung; die innere Politik beziehungsweise die Sozialpolitik ist wie ein Radierstock, das man nur so drehen braucht, um immer neue Bilder zu erhalten.

Wie seither immer, so standen sich auch diesmal in dieser Debatte Anhänger und Hörer gegenüber. Sozialdemokraten ausserdem auch diesmal wieder die sozialdemokratischen Redner sich der bestreiteten Interessen der Arbeiterklasse an. Der erste dieser Redner, Abgeordneter Gotha-Berlin, unterlegte die Herrschaft des preußischen Unternehmens einer drastischen Beleidigung. Daß auch die Reichsregierung es mit ihrer „Autorität“ verhindern findet, sich dieser Herrschaft zu stellen, weiß man seit Jahrzehnten. Gotha lieferte dazu einen neuen Beweis. Er stellte fest, daß der Staatssekretär des Reichsministers des Innern, Dr. Dölitzsch, sich als ununterstützbar erklärte dem preußischen Minister des Innern genutzt hat in einer Frage, für deren Entscheidung sich Decius der Reichstag durch einstimmiges Datum eingesetzt hat: Einführung einheitlicher Wahlurnen. Dazu sollte auf die Witten des Reichsministers für Inneres Polizei der preußische Minister seine Zustimmung geben. Das aber wies dieser Herr kurz vor den Reichstagsneuwahlen sehr entschieden ab unter dem halblösen Vorwand, es seien da „zu große Schwierigkeiten“ zu überwinden. Und der Vertreter der deutschen Regierung mußte sich mit diesem abweichenenden Bescheid eines preußischen Polizeiministers, der ein junger besser Sorte ist, aufzufinden. Diese aufsehenerregende Entfaltung war dem Herren Dr. Dölitzsch natürlich sehr unangenehm. Er konnte die Möglichkeit der gemadten Mitteilungen nicht bestreiten und mußte es dabei beenden lassen, zu erklären, Gotha könne die Mitteilungen nur durch „Vertauschung“ ergründen haben, was Gotha unter einem „haften Ausfall des Epithetums der Regierung und der Polizei entschieden in Übereinstimmung.“

Dieser Redner ging auch ein auf die pädagogische Qualität über die gesellschaftlichen Gewerkschaften, die er ganz aufrichtig die bewußte Lebendigkeit beimaß, die katholischen Arbeiter in konfessionelle, unter der Herrschaft des Klerus schiedende Organisationen zu zwingen. Auch mit dem Terrorismus, den die Verwaltungen der Reichs- und Staatsbeamten gegen „ihre“ Arbeiter unanzeiglich in südostdeutsche Weise üben, ging Gotha ins Gericht.

Das Hauptinteresse aber konzentrierte sich auf den von der Konservativen Fraktion eingebrochenen Antrag: „Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu erzwingen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Staatsvertrages im Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der durch welches das Streitpolosystem verbietet wird.“

Vonstatten halten die Konservativen bei der letzten Gesetzberatung einen Gesetzentwurf gefordert, durch den ein wichtiger Schub der Arbeitswilligen gegen Hindernisse an der Arbeit hervorgeführt wird.“ Dieser Antrag wurde

mit 275 Stimmen gegen 63, die Stimmen der Konservativen und einiger Nationalliberalen, abgelehnt. Ihr bisheriger Antrag, in dem „nur“ das Verbot des Streitpolosystems verlangt wird, ist eine Sünde, darauf berechnet, die Nationalliberalen einzufangen und sie noch mehr von den Fortschrittlichen zu trennen, als diese bereits geschehen ist.

Bevor wir uns über diesen Punkt zu wenden, sei darauf hingewiesen, daß die Konservativen

bereits mindestens vor 40 Jahren, als die gewerkschaftliche Arbeitersorganisation und -bewegung noch in ihren ersten Anfängen stand, in vollständiger Übereinstimmung mit dem schriftmässigen industriellen Unternehmertum,

im Reichstage einen Gesetzentwurf zur Maßregelung der Streitpostenstechens einbrachten unter dem elenden Vorwurf,

dass die „Freiheit der Arbeit“ und das „Recht des Arbeitsvertrages“ gewahrt werden müsse. Mit Gefangen-

is von acht Tagen bis zu sechs Monaten sollte

der Strafstrafe verhängt werden, die auf die Streitpostenstechens verleiht wird.

Es ist eine Sünde, darauf berechnet, die Nationalliberalen einzufangen und sie noch mehr von den Fortschrittlichen zu trennen, als diese bereits geschehen ist.

Den sozialdemokratischen Abgeordneten H. O. schilderte

ihre Freiheit des Entlastungsgelehrte über den sogenannten

„Terrorismus“ der Arbeiter als eine schamlose Komödie.

Er stellte dieser Komödie das tatsächliche Terrorisimus-

System der Unternehmer gegenüber, ein System, das mit

ganz anderen Machtmitteln arbeitet, als die Arbeiter an-

wenden können.

Schließlich wagte noch ein dritter Konservativer, der

Abgeordneter Dr. Oertel, der sogenannte Kauten-Diktat,

mit denkbare ätziger Unverschämtheit den Konservativen

Antrag zu verleidigen. Über er war wenigstens insofern

aufrechtig, als er offen bekannte, daß Verbot des

Streitpostenstechens sollte nur der Anfang

weiterer verschlechterter Maßnahmen gegen den

Koalitionsterrorismus, das heißt gegen

die Arbeiterkonsolidation sein.

Die Schriftsteller vom blauen Blut haben also im

Reichstage wieder ihre Schuligkeit getan; sie haben die

Weisheit des Wortes, das einer der sozialdemokratischen

Redner ihnen entgegenrief, bestätigt, daß die Konservativen

zu einer Soldnertruppe des Großkapitals geworden sind.

Die Abstimmung über ihren Antrag ist verzögert worden;

es wird in einer der nächsten Sitzungen stattfinden und

findet, sieht fest.

Zuerst wird nun der Landtagswahlkampf

in der Provinz entbrennen. Die Legislaturperiode läuft

am 25. Juli dieses Jahres ab. Bis im preußischen Ab-

geordnetenkampe offiziell bekanntgegeben wurde, sollen die

Neuwahlen noch vorher stattfinden. Die Regierung

hat als Zeitpunkt für die Neuwahlen den 14. Mai in Aussicht

gewonnen; die Abgeordnetenkampe sollen dann am

25. Juni stattfinden. Bei der Verleidung des Urteils in

die Prüfungwoche spielt ohne Zweifel die Erwähnung eine

rolle, daß in dieser Woche viele Städter Ausflüge unternehmen, während ungefähr die Landbevölkerung noch nicht

in so hohem Maße von der landwirtschaftlichen Arbeit in Aufzug genommen ist.

Vom Gebiet der auswärtigen Politik ist zu

merken, daß die französische Nationalver-

ammlung die Neuwahl eines Prääsidenten

der Republik vorgenommen hat. Der Mann, der zum

Staatsoberhaupt Frankreichs für die nächsten sieben Jahre

ausgewählt wurde, ist Herr Poincaré, der bisherige

Ministerpräsident. Er hat in seiner ersten Ansprache ver-

sichert, daß man auf seine absolute Hingabe an die

Republik und an das Vaterland reden könnte; er werde

die Interessen des nationalen Verteidigung über alles

stellen. Von einer Absicht, energisch mitzuwirken an der

Sicherung des Friedens, sprach der neue Präsident nicht.

Hätte er es getan, und zwar ehrlich, so würde das un-

zweifelhaft einen besseren Eindruck gemacht haben, als seine

denonimierte Hervorhebung der nationalen Verteidigung.

Mit der weiteren Entwicklung der Ballanträge

werden wir in nächster Nummer uns beschäftigen können, wenn Mitteilungen vorliegen sollen, die das der Wähle-

werkt bestehen lassen.

gen zu verhüten. Als ob das die sozialdemokratische Partei, die freien Gewerkschaften und ihre Organe nicht stets gelan hätten! Auf ihr Konto kommt nichts von allen, was man Streitauflösung nennt. Der Herr Staatssekretär hätte vielleicht besser gelan, das gesamte Schriftmässigkeit zu ermahnen, sich der Revolution zu Auseinandersetzung zu enthalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete H. O. schilderte sehr drastisch das Entlastungsgelehrte über den sogenannten „Terrorismus“ der Arbeiter als eine schamlose Komödie. Er stellte dieser Komödie das tatsächliche Terrorisimus-System der Unternehmer gegenüber, ein System, das mit ganz anderen Machtmitteln arbeitet, als die Arbeiter anwenden können.

Schließlich wagte noch ein dritter Konservativer, der Abgeordneter Dr. Oertel, der sogenannte Kauten-Diktat, mit denkbare ätziger Unverschämtheit den Konservativen

Antrag zu verleidigen. Über er war wenigstens insofern

aufrechtig, als er offen bekannte, daß Verbot des

Streitpostenstechens sollte nur der Anfang

weiterer verschlechterter Maßnahmen gegen den

Koalitionsterrorismus, das heißt gegen

die Arbeiterkonsolidation sein.

Die Schriftsteller vom blauen Blut haben also im

Reichstage wieder ihre Schuligkeit getan; sie haben die

Weisheit des Wortes, das einer der sozialdemokratischen

Redner ihnen entgegenrief, bestätigt, daß die Konservativen

zu einer Soldnertruppe des Großkapitals geworden sind.

Die Abstimmung über ihren Antrag ist verzögert worden;

es wird in einer der nächsten Sitzungen stattfinden und

findet, sieht fest.

Zuerst wird nun der Landtagswahlkampf

in der Provinz entbrennen. Die Legislaturperiode läuft

am 25. Juli dieses Jahres ab. Bis im preußischen Ab-

geordnetenkampe offiziell bekanntgegeben wurde, sollen die

Neuwahlen noch vorher stattfinden. Die Regierung

hat als Zeitpunkt für die Neuwahlen den 14. Mai in Aussicht

gewonnen; die Abgeordnetenkampe sollen dann am

25. Juni stattfinden. Bei der Verleidung des Urteils in

die Prüfungwoche spielt ohne Zweifel die Erwähnung eine

rolle, daß in dieser Woche viele Städter Ausflüge unternehmen, während ungefähr die Landbevölkerung noch nicht

in so hohem Maße von der landwirtschaftlichen Arbeit in Aufzug genommen ist.

Vom Gebiet der auswärtigen Politik ist zu

merken, daß die französische Nationalver-

ammlung die Neuwahl eines Prääsidenten

der Republik vorgenommen hat. Der Mann, der zum

Staatsoberhaupt Frankreichs für die nächsten sieben Jahre

ausgewählt wurde, ist Herr Poincaré, der bisherige

Ministerpräsident. Er hat in seiner ersten Ansprache ver-

sichert, daß man auf seine absolute Hingabe an die

Republik und an das Vaterland reden könnte; er werde

die Interessen des nationalen Verteidigung über alles

stellen. Von einer Absicht, energisch mitzuwirken an der

Sicherung des Friedens, sprach der neue Präsident nicht.

Hätte er es getan, und zwar ehrlich, so würde das un-

zweifelhaft einen besseren Eindruck gemacht haben, als seine

denonimierte Hervorhebung der nationalen Verteidigung.

Mit der weiteren Entwicklung der Ballanträge

werden wir in nächster Nummer uns beschäftigen können, wenn Mitteilungen vorliegen sollen, die das der Wähle-

werkt bestehen lassen.

**Bauarbeiterbewegung.**

**Deutscher Bauarbeiterverband.**

**Woranntmachung des Vorstandes.**

**Beitragsmarken.**

Sämtliche Marken handelsüblich Eintritts-, Lokal- und Körbergemarken müssen bis zum 15. Februar an den Verbandsvorstand eingetragen werden. Nach erfolgter Eintragung der alten Marken werden vom 15. Februar an ohne weitere Bestellung neue Beitragsmarken an den betreffenden Zweigverein geändert, so daß eine Unterbrechung in der Einsammlung etwaiger noch rückläufiger Beiträge nicht erfolgt. Vor der Aufstellung der alten Marken werden aber auf keinen Fall neue Marken abgeändert. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß alte (grüne) Marken unter keinen Umständen für das Jahr 1913 geliefert werden dürfen. Geschicht es demonstrieren, so sind in jedem Falle neue Marken nachzuliefern, weil die alten Marken nicht angeschaut werden.

**Verbandsfahnen.** Auch die zweite Auslage des Katalogs ist vollständig vergriffen. Bestellungen für die dritte Auslage sind nicht in dem Maße erfolgt, daß sich die Herstellung einer weiteren Auslage lohnt. Die Zweigvereine sind deshalb erlaubt, von weiteren Bestellungen auf Katalog aufzuhören zu wollen.

Gleichzeitig ersuchen wir die Zweigvereine, die noch im Besitz von zehn oder mehr Katalogen sind, um dies sofort mitzuteilen, damit wir die Zweigvereine, die noch Katalog haben, hierauf benachrichtigen können.

Vom 13. bis 18. Januar haben folgende Zweigvereine Gold auf der Hauptroute gefunden: Norden, M. 10,25, Apenrade 446,70, Alen 55,57, Ahrensburg 116,88, Altenburg 55,08, Alsteburg 37,72, Uelrich 311,14, Aschersleben 666,39, Brieg



Durch Anzeigen in den Zeitungen suchen die Unternehmer, Reklame und Werbung. Die wenigen, die darauf hineinfießen, können ihnen jedoch bald wieder entzogen werden. Auch durch Verleihen von Erklärungen, die den wirtschaftlichen Erfordernissen widersprechen, versuchen die Unternehmer die Streitenden unschön zu machen. Doch mögen sie verschlüsselt und uneinig zu machen. Doch mögen sie verschlüsselt und uneinig zu machen, der Sieg mag, unter freiem Himmel.

## Gau Frankfurt.

Aus Frankfurt a. M. wird uns über eine Arbeits-einführung der Gewerkschaften bei den Firmen Bur-ker & E. W. und Co. & Wilfer & Co. in Frankfurt a. M. folgende Nachrichten: Am 10. Januar haben die Kollegen die Arbeit bei den genannten Firmen einge-stellt. Die Bewegung erstreckt sich auf circa 30 Orte in Süden, Gauen Deutschlands. Auch schlossen sich die für die Firma im Ausland beschäftigten Kollegen dem Streik an. Vorliegende Berichte gegen das Tarifvertragsgesetz, wie Lohn-zulagen, Verkürzung der Arbeitszeit, Belebungser-gang der Rückzeugfahrt, von den Montagsabenden und Montagmorgen-Schließungen der Monturex, die auf Einhaltung des Tarifvertrages bestanden, sind die Ursachen des Streiks. Das in früheren Jahren vorhanden gewesene gute Einvernehmen zwischen den beiden Firmen einerseits und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern anderseits wurde gefördert, nachdem sie die Firmen vereinigt und einen neuen Betriebsrat eingesetzt hatten. Dieser Herr, Müller ist sein Name, führte ein Regiment, wie es höchstens noch in Sacarabai vor-kommt. In einem Zweikampf ist ein solches Auftreten aber nicht lange von Bestand. Dies werden nun die beiden Herren, Inhaber der größten deutschen Firma der Strühl-industrie, die alte Ernennungen mißachteten und die Be-schwerden ihrer Monturex nichtzulässig bewilligten, bald einsehen. Was soll man zu den Verlangen dieser so blit-zreich gewordenen Herren sagen, wenn sie an lange Tage bei der Firma beschäftigte Monturex die berufliche Fortbildung ergehen lassen? Wie haben Sie zur ausdrücklichen Verfüzung unseres Berliner Zweiggeschäfts zugestellt? Sie haben daher Ihren Wohnsitz von Hamburg nach Berlin zu verlegen? „Im Vertrage heißt es: „Als Basis der Lohn-vergütung gilt der Geschäftsort der Lohn-vergütung.“ Das heißt, von Frankfurt a. M. ab sollen die Fernvergütungen, Weißgerber usw. berechnet werden. Daran schafft die Firma sich jetzt der Bereinigung aus, welche sie will. Wer dagegen auftrat, mußte zur Strafe ausdrücken, ob er würde entlassen, wo es sämtlichen in der Dresden-Filiale beschäftigt gewesenen Kollegen er-ging. Mit solchen Mitteln will die Firma die Monturex unter die verqualmte Fernvergütung bringen. Sie jolten mit ihrer Familie unter schweren Opfern den Wohnort ver-lassen, ohne etwa auf längere Zeit rechnen zu können. Die Firma sucht nun durch Anzeigen, die sie in vielen Zeit-schriften erklärt, Streikbrecher heranzuziehen. Unter Verspre-chenden werden Monturex für die Strühlindustrie sowie Fließfertiger gehucht. Die Bauerbeiter aller Branchen wer-den bemüht sein, in altherolzhafter Solidarität die Ma-schinen von dieser Firma unwillkürlich zu stopfen.

## Berichte

**Berichte.**  
Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholst darauf aufmerksam,  
dass Bestellungen und Adressenänderungen  
nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt  
werden können, wenn sie Dienstagvormittags  
in unseren Händen sind.

**Eisenburg.** Am 5. Januar wurde in der Mitgliederversammlung vom Zweckvereinobmann der Zahnärztekreis gegen den Jahresbericht abstimmen. Angenommen wurde mit 836 an Schluß des Jahres 1912 bestanden. Aufgenommen wurden 65 Mitglieder, aus anderen Verbänden waren 28 über. Der Zoflasafassendienst bestand am Anfang des Jahres 1912 mit 3242,43 und Ende 1912 mit 3226,10. Im Laufe des Jahres fanden 12 Mitgliederversammlungen statt. In den ersten waren durchschnittlich 40 Statistiken, in den letzten 12 Mitglieder anwesend. Am 12. Februar wurden die Ergebnisse der Statistik und 120 Urteile Erörterungen über die Wehrbereitschaft. Ferner wurde der Wehrbereinobmann in 22 Sitzungen wegen Missachtung des Bauzaunverordnungs und 10 wegen Karrenfahrtfehlern eingetragen. Nach Jahren der Arbeit ist es der Verwaltung gelungen, in Döbeln eine Hilfspoststelle zu errichten. Am Juni 1912 wurde das folgenden Tarif ohne Arbeitszeitteilung abgeschlossen: Von 27. Juni 1913 bis 31. März 1914 43, von 1. April 1914 bis 31. März 1915 45, in Stundenlohn. Weiter wurde die Schlaflohn geachtet. Bei der Vorstandswahl wurden sämtliche Vorstandsmitschriften wieder gewählt. Weitere Kollegen haben in diesem Jahre die Ablösung der Arbeitszeit nach Tagesfinden eingeführt, wonit die siebenstündige Arbeitszeit erreicht werden soll. Die Versammlung folgte dieser Unbildung die Organisationsseite freudig, obwohl nur doch konstatiert werden, daß sehr viele wohl die Notwendigkeit der Organisation kennen, aber sich aus egoistischen Gründen weigern, ihr als Mitglied beizutreten und Beiträge zu zahlen. Konstanzhoff hat es jedoch noch neuendertzt mit der Firma Schneider & Sohn geschafft die Eisenbahnarbeiter an einem Hochbau ausfließt und sich nicht an die vertragliche Bestimmung hält. Mit dem Organisationssekretär zu verhandeln lehne sie ab, so daß in dieser Sache jedenfalls das sehr Werk noch nicht gesprochen ist. Das nun das vergangene Jahr mit einer erfreulichen Entwicklung gebracht, so soll und das nicht veranlassen zu ruhen. Die Seiten sind ernst, am wirtschaftlichen Horizont sind Sturmwellen zu sehen und Weiterleuchten heißt die Gemüter in Spannung. Darum wollen wir die Freunde in diesem Jahr noch selber schätzen.

Erlangen, am 5. Januar fand die Generalversammlung unseres Zweigvereins statt, in der der Vorstand berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes im Jahre 1912 und über die Belehrungen des Kestenwesens erläutert wurde. Zu beiden Berichten erklärte die Versammlung ihre Zustimmung. In der darauf folgenden Wahl der Verwaltung wurde Kollege Prof. Jung als Vorsteher, Kollege Weißer als Vizevorsteher und Kollege Geißler als Schriftführer gewählt. Der Bericht über den Gewerkschaftsstand, Kollege Beier, stellte jedoch sodann ein Referat über besondere Situationen im Baumwollgewerbe. Alle Kollegien hielten eine große Ruhmesfestschrift. Mit dem Wunsche, den Belehrungen in den Versammlungen oft herabsetzende Vorliebe und Beschränkungen zu beseitigen sowie mit einem dringenden Appell auf befloß einstimmig diese Einführung nicht zu genehmigen.

den Deutschen Bauarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Kolberg. (Jahresbericht.) Die Baulonjunktur war im Berichtsjahr gut, stautzte aber in den letzten drei Monaten etwas ab. Es fanden sogar einige Kollegen, die früher noch sehr brachte leider nicht den gewünschten Erfolg. Von unsren landesförmigen Kollegen gehörten manche nach lieber der Friedensverein an als unsern. Die Baulonjunktur ist in diesem Berichtsjahr in Vollzähligkeit; die Streitfragen konnten in Güte geregelt werden. Die Baulonjunktur befindet sich in bester Lage. In der zweiten Baulonjunktur hat die Baulonjunktur 1919 121.000,- 230 Hilfsbauern und 150 Maurer, Eingetreten und anderen Verbänden übergetreten sind 75 ausgelassen. Für diese Bauhauptfamilie ist eine Einnahme von § 78(1) erzielt; die Ausgabe betrug 1.008.69. Die Kollektive hatten eine Einnahme von § 845(4) und eine Ausgabe von § 210.22. 14 Versammlungen und 15 Vorlesungen waren erledigt. In Poststädten gingen 124 Sendungen ein und 205 Sendungen aus. Die Zuständigkeit in diesem Bereich wird allen Aufsichtsräte nach nicht so günstig werden wie im vergangenen Jahre. Erzählt den fehler unsre Kollegen den kommenden Börsentredegung mit Rücksicht eugezen. Die Unternehmer finden keine um, wenn sie den Kampf wollen, gerüttelt

**Borzhem.** (Gahresdorf.) Der Zweigverein Borzhem hat in seiner Entwicklung mit der des Gesamtverbandes wohl gleichen Schritt gemacht. Am Schlus<sup>s</sup> des zweiten Quartals 1911 zählte der Zweigverein 105 Mitglieder; durch die Vergrößerung mit den Stoffsteuern stieg die Mitgliederaufzahl auf 694; sodann betrug sie in den eingehenden Quartalen 1912: 918 im ersten Quartal, 1104 im zweiten Quartal, 1106 im dritten Quartal und am Schluss des vierten Quartals 963. Das ist von vierter Quartal 1911 bis zum vierten Quartal 1912 eine Zunahme der Mitgliederaufzahl um 293 oder 33,9 p.<sup>r</sup>. Die durchschnittliche Mitgliederaufzahl betrug 1054 und die Durchschnittsaufzahl der gesuchten Beiträge 37,5. Aufnahmen aus dem Jahre 1911 betragen 899 geradelt, zugerechnet waren 276 abgezinst 437,60 auf 1054. An die Hauptstelle wurden abgehend 18 14 17,60. An Unterabteilungen wurde gegen: Strassenunterhaltung 207,15, Feuerwehrerhaltung 4 200,70, Rechtsbeauftragungs- und Schaffertenunterhaltung 4 185,03, Gemeindefrageunterhaltung 4 95,50, Gemeindewehr 400,00, Druckkosten 165,40. Die Ausgaben sind im Vergleich mit dem Jahre vorher eine gute zu nennen. Gehörd. vorhandenheitlich 1910: 150; b) Baudienstgebäude 1911 11, 1912 28, vorwiegendlich 1913 24. Es steht also zu erwarten, daß die Konjunktur in diesem Jahre die im vorhergehenden Jahre überwunden wird. Taxifahrtsätze wurden im letzten Jahre zweimal erhöht, eine in Königsberg und einer in Birzfeld für die Stoffsteuern, einer in Königsberg und einer in Birzfeld für die Stoffsteuern, einer in Königsberg und einer in Birzfeld für die Stoffsteuern. Durch eine zwanzigjährige Arbeitszeitstellung eines Stoffsteuersarbeiter konnte auch für diese eine Realisierung des Lohns und Arbeitsleistungswertes erreicht werden.

Umfeste Kollegen in den Treten, wo diese Montage beschäftigt waren, hielten meistens keine freie Zeit, nur selten die Möglichkeit, die lästige Arbeitszeitverlängerung durch Einschlafzeit zu begrenzen. Bei einem Teil der Stoffen war es nicht möglich, die Ansicht herzustellen, daß bei der nämlichen Zeit- und Geschwindigkeit eine längere Schlafzeit als die vorgeschriebene höchstens fünf Minuten verhindern könnte. Die Firma erhielt dann auch nicht die erforderliche Arbeitszeitverlängerung allmählich herabzuleiten konnte. Sofern die Familie des Kollegen sich erst dann entschloß, daß er im Jahre nur zweit- oder dreimal für ein oder zwei Tage auswärts gehen kann, so kann er nicht mehr arbeiten. Daß er auf diese Art und nur im Winter eines jeden Jahres höchstens einen Tag auswärts gehen kann, ist eine Sache, kann er nicht mehr arbeiten. Daß er auf diese Art und nur im Winter eines jeden Jahres höchstens einen Tag auswärts gehen kann, ist eine Sache, kann er nicht mehr arbeiten. Die Arbeitszeitverlängerung nach und nach ihren Voraussetzungen erfüllt, so kann auch die Bedarf an ständiger Arbeitszeitverlängerung nachwachsende Einfluß der Organisation nun auch in Erfurt zur Erhöhung des Stundenlohnes bei den Tagen, welche die Firma folgen. Jedoch haben der Unternehmer und dessen Sohn der Mauer und dem von der Firma angebotenen Lohn immer mehr ab. Eine Beilage gabte die Firma den Leuten, die sie an der Mauerwerk noch anstreben zu einem um 10 % höheren Stundenlohn. War in den vier Werkstätten der Mauerwerksbörse also in Erfurt, dann galt es das Gehalt. Die Firma schreibt dies Auslobung und das Gehalt. Die Firma schreibt dies Auslobung und das Gehalt. Das Gehalt ist eben nicht mehr üblich. Heute erhalten die aus Erfurt von den Mauerteilen mitgekommenen Meister 65 bis 70 Pfennige, die Hilfsarbeiter 40 bis 45 Pfennige. Eine befriedigende Auslobung gibt es nicht. Es ist ja hauptsächlich die Befriedigung der Arbeit, die die Firma erhält. Eine befriedigende Auslobung gibt es nicht. Es ist ja hauptsächlich die Befriedigung der Arbeit, die die Firma erhält. Bei heimeren Arbeiten, von den aus Erfurt entstanden, Arbeitskräfte allein einzugeholt werden, bemerken die Kollegen an den betreffenden Orten selten etwas von der Überlebensmindestversicherung dieser Arbeiter. Bei größeren Arbeiten beruft sich man am Arbeitsort angenommenen Leute zur Leitung, ohne Überlebensmindest zu bewegen. Um Gründe für die Notwendigkeit ist der Meister oder der Bauführer seiner selbst vorweg. Lehnen die am Arbeitsort angesetzte Firma ab, so kann sie auf die Bestimmungen ihre Tarifvertrages das Überlebensmindestversicherung ab, dann machen die mitgebrachten Arbeiter und der Meister täglich noch einige Überlebenskosten nicht. Ergeben die ortsliegenden Kollegen hiergegen Einspruch und verlangen von den auswärtigen Kollegengen, daß sie sie in einer Orte übliche Arbeitszeit einhalten, dann ist siester mit dem Anfang, die unbekannten Dinge abzuwickeln. Sie kommt auch vor, daß die auswärtigen Kollegen angeben, ihnen sei von dem Zweigverein Erfurt erlaubt worden länger zu arbeiten.

Die folgende Abschrift eines an den Vorstehenden unseres Zweigvereins gerichteten Schreibens ist für die Denktat aller Kollegen geeignet:

Da wir uns bereits seit einigen Jahren persönlich kennengelernt, erlaube ich mir, einige Zeilen an Sie zu richten. Ich bin bereits seit Jahren für die Firma **Georg Giese** beschäftigt und befindet mich augenblicklich auf dem herzoglichen Salzgitter-**Leopoldshof**, wobei jedoch ich mit der Einrichtung von großem Eindruck befriedigt bin. Wie Sie ja wissen, sind diese Arbeiten gewöhnlich sehr einsam und die Dienstzeit der Baustellenarbeiter kommt nicht selten in Betracht, bis hier an, daß gezwungen wird, sich abseits des Betriebes gegenübersitzende Arbeitnehmer zu beschwirren und teilweise eine Nebentätigkeit zu machen. Ich habe hier drei Erfüterer der Feuerwehrkunst, welche seit mehreren Jahren an und gegen mich mitfeiern. Diese Leute lösen sich nun abends noch nach dem geregelten Arbeitstag eine bis anberthoben Stunden längere Zeit aus, wobei wir für den kommenden Tag vorbereitende Arbeiten beendigen müssen. Die übrigen 20 Gelegenheiten, welche wir für die Dienstzeit auf und habe ich zur Verhinderung folgende Antwort erteilt: Dienstgegenstände, welche bei **Klof & Sohn** beschafft und organisiert werden, sind gehörig einer gewissen Section der Feuerwehr zugeordnet, welche sich auf die Feuerwehrkunst konzentriert. Wenn es erforderlich ist, kommt es zu kommen, freuen sich Leute auch ohne gegen die Taktiken des Verbands zu verstehen gewissermaßen verpflichtet sind, eine bis anberthoben Stunden spätere ausreichende Abschluß-

Es könnte der Hoff sein, daß Sie um Auskunft über vorliegende Angelegenheit von Seiten des bislang Verbandes ersucht werden, und nehmen ich an, daß Sie sie respektive meine Firma nichts in den Weg legen und dementsprechend Antwort erteilen. Ich bin sehr froh darüber auch nicht mehr in Ihren Reihen jodoch ist es mir schwer zu benennen, doch ich mich seit fünf Jahren Mitglied des Bunde der technischen Beamten geschlossen habe. Sollten Sie aufgefordert werden, Auskunft zu ertheilen, so bitte ich um eine Abschrift.

Auf folche Art verfuhren diese Kollegen ihr Verfahren zu rechtfertigen. Am liebsten fände sie ich die Verfolgten noch durch den Beamer des Zweigvereins verteidigt. Aber sind oder waren diese Leute fast alle unsere Mitglieder. Die Verteilungen unter der Organisation nach Vohwinkelbundesamt und dem Bunde der technischen Beamten sind höchstens dann kommt es hier darauf an, recht viele Zeugen, denn, womöglich Tag und Nacht zu arbeiten; denn sie von dieser Weltfirma gegahle Lyon reicht nicht aus, eben Dauschule zu führen, für die Wohntente liegt noch ein besonderer Anreis zum Uebungsraum darin, das sie außer ihrem Lyon sich jede Arbeitsstunde in d' Ausföhlung erhalten. Es ist also auch guten Tage ausgedient wenn angegeben wird, die Arbeit müsse schnell fertiggestellt werden und deshalb seien Uebungsstunden erforderlich. Man will eben so viel verdienen, um sich und seine Familie ordentlich zu ernähren. Dazu seien die Kollegen kein anderes Mittel, als möglichst lange über die vor-herige Zeit hinaus zu arbeiten.

Rechter erzielten die nach auswärts entstandenen Raumverluste durch die Kriegswirtschaften?

Gibt es nur noch 2 Arbeitsober, also den Preis für die vierte Klass  
Selbst wenn zum zweiten Arbeitsober eine gehinrende Eisenbahn-  
fahrt erforderlich ist, erhalten die Kollegen am Dienstag die Fahrtkasse aus  
dem Brabat seine Entschädigung, weshalb die Fahrtkasse aus  
meistens in der Nacht zurückgelegt wird. Der im Zweiten  
verein Erfurt beschäftigte Section der Feuerwehrbaumeister  
gehört ein Teil der Monture und der bei diesen Arbeiten  
für die Firma beschäftigten Kollegen an. Wandern  
ihnen aber sind die Bezeichnungen unseres Verbandes red-  
selschaftslos.

gleichzeitig.  
Doch im Arbeitsverhältnis stünde anders sein müßte. Doch die Kollegen mögl. alle an. Wenn nach Gewaltschutz der größte Stoff von ihnen in Erfüllt ist, dann wird auch mit einer Verhandlung abgelenkt und darüber hinaus, wie es anders und besser sein müßte. Man hat gegen sie beschlossen, mit Anerkennung an die Firma herantreten. Ihre Verantwortlichkeit ist noch immer, der Gedanke der Firma vorherrschenden dreistufigen Leiter gegeben, die jeder der dort beschäftigten Leute genau erläutern möchte. Wohl sind jene Angaben an die Firma in höchster Form ergangen. Auch Unterredungen sind gründlich gewährt und den Arbeitnehmern Versprechungen gemacht worden. Kamen die Kollegen jedoch nach einem Schluß wieder zusammen, so erkannten sie, daß das Verbrechen nicht eben so einfach gewesen sei, daß jeder dieser Arbeiter sein von dem Beste feste umgesetzt habe. Die Besitzrechte von ihren Leuten waren durch den Betriebsrat einprägsam erachtet und wiedergewonnen. Waren gegen die betreffenden Kollegen keine Schimpftleuten, so waren gegen die betreffenden Kollegen wieder mitgenommen, wenn er sich bis zum Schluss "Montage nicht befestigt", das heißt, er muß durch "freies williges" Leisten nach Überforderbarkeit sich die Gunst des Monteurs verdienen. Die Kollegen vergessen daher nach langer Zeit oft alles, was sie in den Abwehrvereinversammlungen nicht schrift gemäß fordern könnten; ein großer Teil unserer früheren Verhandlungsschriften ist heute bei der Firma beschäftigt und begeht die fehlige vor ihnen mißfallenden Sünden. Unter Zweigverein Erfüllt kann diese Wirkende allein nicht bestehen. Die Mitarbeiter leide wie die Hilfsmonturen und seien leider nicht ermutigt, die Befreiung der hier seitens, wo die Kollegen beschäftigt sind, Zweigverein sehr selten, wenn die Kollegen beschäftigt sind, die Zweigverein ebenfalls, in dem sie die Kollegen beschäftigten Kollegen erledigen, dann können sie gravieren möchten, bis zu jenseitlichen offiziellen Arbeitsbedingungen eingehalten. Die Kollegen am Arbeitsorte müssen vom ersten Tag an schrift darauf achten, daß die Kollegen aus Erfüllt mit ihren Freizeitabenden machen. Eine Ausreden darf gestellt werden, die Mauers und Hilfsarbeiter am Arbeitsorte zu stellen hat; denn an jedem Ort gibt es wohl Kollegen, die gemeinsam einmal aus der Reihe tanzen und ein paar Überstunden mitnehmen. Die Kollegen in Niel haben es vor einiger Zeit recht gut fertiggebracht, den Monteur und mitgebrachten Maurern das Einhalten der dort üblichen neudefinierten Arbeitszeit anzugehören. Das muß aus anderen Orten möglich sein. Es ist erst gelungen, die Kollegen und auch der Firmen in der Arbeitszeit Ordnung beizubringen, so ist der große Widerstand überwunden.

Die Kollegen sollten mit den mitgebrachten Kollegen fern verbleiben, wie sie sich auf Arbeitsorte annehmen und ihre Beiträge geben. Sie schließen dann jede Woche den "Grußstein". Dadurch wird die geistige Verbindung mit den Werktreibern der Organisation gesichert.

Den Bezeugen noch Ginkaltung der missständischen Arbeitszeit werden sie dann nicht mehr mit Ausreden und Lügen begreifen, sondern sie werden von der Firma eine Entlohnung fordern, die sie in den Stand setzt, sich und ihre Familien menschenwürdig zu ernähren — ohne

Fliesenleger

Dresden. (Jahresbericht.) Am Montag, 6. Januar, tagte die Generalversammlung der Fliesenleger, um den neuen Jahresbericht zu geben und die Sektionsleitung neu einzurichten. Den Jahresbericht erzielte Kollege Dr. Böhl, folgendes aus: Das verflossene Jahr war für uns eine sehr fruchtbare Zeit, so dass wir auch ein gutes Jahr vorwärts gekommen sind. Gleich zu Anfang des vergangenen Jahres traten wir mit den Unternehmern der Zuschreibungen und -abnahmen ohne Kampf einen Tarifvertrag ab. Der neue Tarif brachte uns außer einer Verhöhung auch die erforderliche Arbeitszeit. Trotz Vertrages gibt es aber noch Firmen, die verfügen, nach Wille für zu handeln; wir werden aber darüber wachen, dass solche Fälle bald geordnet werden. Die verlorenen Zahrsversammlungen, aufgedemt machen sich nun wieder bemerkbar. Die Briefverkehr ist ein stürmisch reger. Zu Rente. Wechselt die Sektionsleitung, stellt der Kollege Gräpel den Vorsitzenden der Sektionsleitung, die ihre Befits im vergangenen Jahr voll und ganz getan habe, wiederzuholen. Dies geschieht auch, sämtliche Kollegen wurden per Aufführungswidrigkeit und Wiederholung, und zwar Diese als erster. Solob als zweiter Vorlesender und Braum als Schriftführer. Ein Antragsvorschlag verlangte, die Sektion solle eine eigene Kasse gründen und Extramatzen für die Sektion einführen, wurde abgelehnt. Nach Besprechung einiger Mängel im Berufsbuch wurde in der Versammlung noch der Beschluss über Aufnahmelisten, die bisher noch nicht im Tarif stehen, in die Arbeit der Gemeinderäte eingeworben.

## Gipser und Stuccofatoren.

Duisburg. Die Sektion der Stoffarbeiter hielt am Sonnabend, 11. Januar, ihre Generalversammlung ab. Aus dem Vorstandsbereich war zu entnehmen, daß die hefliche Demut trotz der widrigen Verhältnisse und der schlechten Arbeitsgelegenheit sich gut gehalten hat. Sach-

wir dann geschlossen aufzuwählen. Bei der Neuwahl Sektionsleitung wurde die alte Leitung mit Ausnahme zweier Vorbrüder abgewählt. Vor Eintritt in die eigentliche Tagungssitzung hatte die Verfilmung die Kontakte mit der Firma Kosten besprochen. Herr Kosten hatte einige Kollegen ihren verdienten Lohn vorerst festgestellt. Die Sichtungskommission wurde er verantwortlich für das Verteilen des Lohnes gemacht. Ich und mein Kollegen bereit zu erklären. Als aber die betreffenden Kollegen ihr Geld abholen wollten, erklärte er, die Arbeit sei einem Architekten überweisen werde. Erlangung einer Gutmuths, Kosten ist nach Meinung der Kollegen unfaßbar, so daß sie wenig Hoffnung haben, ihren Lohn zu erhalten.

Вопр. Ван.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Göltz. Am 2. Oktober hatten der Gemeindemeister Johann E. und der Logeldienstleiter Peter E. am Neubauhof in Lehe bei Bremen einen Schlagabdruck auf dem Balkenplatte zu einer Steinmauer an das Augenmerk gesetzt, woran der Meister eine Abwesenheit des Baumeisters festgestellt wünschte. Der Meisterpolizei fragte die Bevölkerung, ob sie möglichen Verdächtigen die Verhaftung erforderten, sie möglichen mit dem Betrieb beauftragten oder die Sicherstellung verlangten; er lasse neue Beweise, um als Erfolgshilfe anbringen. Auch fragte die Polizei, ob auf dem Augenmerk noch Leute bestanden. Erwidert wurde, dass auf dem Augenmerk noch Leute bestanden. Darauf schlugen die beiden die Stützen weg, um das Gerüst einzuräumen. Darauf bestieg ein Mann aus einer Mauer aus der Höhe des zweiten Stockes in die Tiefe. Einem erlitt einen doppelten Brüderbruch und liegt heute im Hospital. Der andere erlitt schwere Kopfverletzungen und brach eine Hand und einen Fuß. Der Anwaltsverein beantragte gegen den Gemeindemeister als den Hauptbeschuldigten, der bei ihm gearbeitet ein vorfahrtliches Vorurteil, sechs Monate, gegen den Logeldienstleiter einen Monat Gefängnis. Das Gericht verurteilte den ersten zu beiden Monaten, den zweiten zu zwei Wochen Gefängnis, wegen falschlicher Körperverletzung.

**Ehingen.** Am 9. Januar verunglückte unser Kollege Wurz beim Aufstieg der Bahnleitung. Wurz stand zum Anwärtern der Höhe Benzin. Auf einem Stock stand er vollständig in Flammen. Einer der Hilfsarbeiter eilte, als er dies sah, schnell herbei und riss ihm die brennenden Kleider von Körper. Erkorden aber trug der Kollege Wurz schwere Brandwunden davon. Ein Wärme wohnender Arzt leistete ihm die erste Hilfe und stellte fest, daß die rechte Seite des Gesäßes und die rechte Hand bis aufs Fleisch verbrannt waren. Leider die Richtung des Unfalls ließ sich nicht genaueres feststellen, selbst Kollege Wurz nicht erklären kann, wie das Feuer so schnell um sich griff. Der Unfall muß aber allen Sinnen eine Barfußung gezeigt haben.

**Schloss**. Am 14. Januar verunglückte der dreieinhalbzigjährige Maurice Jennerle am Neubau Bretschneiders in Marthalen auf einer gebrechlichen Strohstube. Als er zu Bettenscheide kam, schossen vom Südosten heraufgehenden Wollwaffen die Schüsse, die Jennerle durchdrungen und die Winkelzähne trafen.

**Submission.** Das Königliche Militärbaudamt II in Landau i. d. Pfalz hatte den Bau eines Stalles für 178 Pferde sowie eines normalen Reithauses für 100 Pferde sowie einer Kutscherwohnung mit Stall für 10 Pferde und einer Wagenremise für 10 Wagen genehmigt. Die Kosten für die Erd-, Mauer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten und für die Ofensteine eingingen. Höchstfordernd war die Firma A. Bergmeister, Baugeschäft in Landau, mit M. 111.146,20. Rücksichtserhebende die Firma Schmidt & Sohn in Worms mit M. 155.899,08. Die anderen sechs

Offertern bewegen sich zwischen diesen beiden Summen. Der Unterschied zwischen den höchsten und niedrigsten Förderung beträgt demnach Al 25'071,12, das ist rund ein Viertel der vierfach so verlangenden Baufinanz. Al 100'000. Es ist wichtig zu vermerken, wie bei so geringen Löhnen und betriebsnahen Materialpreisen eine solche Differenz bestehen kann. Man fragt sich dabei, ob es nicht von neuem, soll die Differenzsumme etwa durch Zulagen, Brüderleistungen und Mütterleistungen gegen die Arbeiter vortengemacht werden?

**Bentibung der Wettigungsfestnahmen im Baugewerbe**

Von Sommer bis November 1910 haben nunmehr insgesamt 275 Wettigungsfestnahmen das Baugewerbe vergleichbare Blätter für 1911/12 publiziert. Auf ein gesamtes Nominalkapital von 830'000 Mark im Jahre 1910/11 schütteten sie 18,59 Millionen Mark Dividende aus. Das Dividendenkapital erhöhte sich bis zum Abschluß des Jahres 1911/12 auf 543,92 Millionen Mark, während die Dividendensumme auf 18,01 Millionen Mark zurückging. Die aktuelle Nominalkapital steigt, und die Dividendenquote mithin von 2,5 auf 3,4 %. Die Wettigungsfestnahmen sind in zwei Gruppen zu teilen, in die Grundstücksunternehmungen oder Terraingesellschaften und in die reinen Baugesellschaften. Grundstücksunternehmungen sind in den oben genannten 275 Wettigungsfestnahmen mit 374,297 Millionen Mark und Baugesellschaften mit 160,622 Millionen Mark Nominalkapital vertreten. Die Dividende sinkt in beiden Gruppen, der Wert-

Die Ergebnisse der Terraingesellschaft waren die folgenden:

Jahr	Satz der Gefangenenzahl	Akkumulativer Akkumulations- betrag im 1000 Mark	Durchschnittsumme in 1000 Mark	Durchschnitts- zins i. V.
1910/11	154	374369	11178	8,0
1911/12	154	874297	10693	2,8

Etwas quinntiger, doch auch rückgängig entwidmet die Resultate der Baugesellschaften. Sie boten folgendes Bild:

Jahr	Satz der Gefangenenzahl	Akkumulativer Akkumulations- betrag im 1000 Mark	Durchschnittsumme in 1000 Mark	Durchschnitts- zins i. V.
1910/11	121	155646	7418	4,8
1911/12	121	160026	7403	4,6

Sieben besondere Bilanzen, die im Laufe des Monats November bekannt wurden und einen Vergleich mit den vorjährigen Geschäftsbüchern gestatteten, zeigen, daß es auch unentbehrliche Unternehmungen im Bauwesen gibt. Das gesamte Aktienkapital dieser Unternehmungen stellte sich in den Jahren 1910/11 und 1911/12 unverändert auf 21,07 Millionen Mark. Keine von den erwähnten Firmen vermögen in den letzten beiden Jahren eine Dividende zu auszahlen.

**Die Bauten werden immer teurer.** Wie sehr die durch Spekulationen hochgetriebenen Preise für Baugrund die Bauen verteuern, ist den großen Publizisten lange nicht genügend bekannt. Empfunden wird es, besonders in den größeren Städten, daß die Mieten ständig steigen, aber über die Ursache der Steigerungen sind die wenigsten Städte, bestmöglich informiert. Von den Bewohnern der Welschstädte wird den Mietern gern gelacht, daß sie an den hohen Mieten seien die „hohen Bewohnerstolze“ und von vielen Kaufunternehmern wird diese Nebensatz gern bestätigt. Tatsächlich aber tragen die hohen und stabilen Bodenpreise die Bodenpreise allein die Schulden mit sich, welche die Eigentümer Steuern der Wohnungsmieten. Wie ungünstig auch Grundstücke im Besitz steigen, zeigt folgende kleine Übersicht über die in den Jahren 1911 und 1912 abgeschlossenen Verträge von Grundstücken in einer der Hauptstädte, Berlin, und ihrer Grätzstraße. Die hauptsächlichsten Gaben der Tabelle sind der „Bauwert“ entnommen. Ein Jahr, 1911 wie 1912, in der die Leipziger Straße folgende Grundstücke ihre Be-

	Große in Du.-R.	Gefest- igte Wert in S.M. Mark	Ungelöster Wert unter Verpflichtung der Baufähigkeit pro Du.-R. pro q. A.
Leipziger Straße 96, Ecke Charlottenstraße	50	8	71 400 5035
Leipziger Straße 80,			
Ecke Jerusalemer Straße	55½	8,7	66 500 4690
Leipziger Straße 49,			
Ecke Moritzgrafenstraße	65	8	46 150 3255
Leipziger Straße 50a,			
Ecke Jerusalemer Straße	110	4	86 500 5274
Leipziger Straße 116/116½	68	8	44 000 3103
Leipziger Straße 22	88	8	85 000 5248
Leipziger Straße, Ecke Jerusalemer Straße 14	10. 8	0,784	98 000 6911
Leipziger Straße 89,			
Ecke Moritzgrafenstraße	85	1,855	58 000 3788
Im Jahre 1912 gingen folgende Grundstücke in anderem Besitz über:			
Leipziger Straße 118 .....	20	2,2	111 000 7822
Leipziger Straße 109 .....	40	2	50 000 3520
Leipziger Straße 68,			
Ecke Spittelstraße 16 und 17	88	1,98	60 000 4281
Leipziger Straße 19,			
Ecke Mauerstraße	88	2,87	75 500 5824
Leipziger Straße 123a, Ecke Wittenbergstraße	80	5	62 500 4250
Das find ungewöhnliche Grundstücke sind, wie sehr die Bezeichnung zeigt, nicht als solche zu verstehen.			

Weitergeraten sie sich in einem Jahre! Die angefügten Jahren von 1911 ergeben den mittleren Preis von M. 8972 pro Quadratmeter und die von 1912 einen solchen von M. 6063, das ist eine Steigerung im Durchschnitt von M. 1091 pro Quadratmeter in einem Jahre. Für unscheinbare, bei solchen Gewinnen werden die Grundstücksbesitzer freimeldig, aber die Mietverträge müssen die Summen gleich gießen.

Aus Unternehmerkreisen.

Die armen Arbeitgeber. Wenn man längere Zeit hindurch die Scharfschmiedepreise sieht, so muß man unwillkürlich zu der Überzeugung kommen, daß die Arbeitgeber heutzutage ein geradezu hämmertisches Dasein führen, während die Arbeitnehmer herzlich und in Freuden leben. Schon Schiller in seiner „Göthe“ schildert das Beneidenswerthe Los des Gejellten gegenüber dem seines Meisters:

„Sint der Sonne Licht, sedig aller Pflicht hört der Wurzsch  
die Besper schlagen. Meister muss sich immer plazeln“

Über heute, im Zeitalter der „verfluchten Sozialpolitik“, ist es noch viel schwieriger geworden, heute wird der Arbeitgeber durch den erdrückt durch die Lohnen, die er tragen muss. Unter der ironischen Eintrügerin „Die Freuden des Arbeitslebens“ versteckt sich die „Diktatur des Zeitums“ einen Artikel, den die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ als eine sehr treffende Schilderung der sozialistischen Verhältnisse nun endlich bringt. Es heißt darin:

„Es gehört in unserm Jahrhundert der Sozialpolitik wirtlich ein gutes Stück von Humor dazu, oder sagen wir lieber: von „Sarkasmus“, und um Arbeitgeber zu figurieren. Das der Geschäftsmänner wird wünsch wie die Brombeeren, ist belauert, aber eben es jemand fröhlig bringen soll, alte Weltmeisterschaft und seine ehemaligen Ehrleuchtungen beschließen. Wenn die Herren Gesetzgeber mit Vorwürfen einmal an eigenen Leib erfüllt sind, werden doch wohl erkennen, es kann außerdem, elst.“

Die Erkenntnis ist nicht das Bilden und all die Wünche? Die sucht man eigentlich umsonst; denn diese Dinge entsprechen nur den Anstrengungen der Zeit". Wie sie lieb in Wahrheit wüssten, das erkennen wir in dem folgestolzen Andrang der jungen Leute zur Menschenbefreiung, in ihrem Wenden vom Gevverschleben. Vogt in einem Staatsbericht so viel für ideale sozialen Zwecke aufgestellt und begossen werden wie im gewöhnlichen Deutschtum. Und wenn der Arbeitgeber im Laufe des Jahres dann bedränglich zu den dort sozialen Fürsorge erlebt, die man in den Zeiten des Sozialstaates wenig oder gar nicht kannte, dann trocknet er sich unwillkürlich das alte Täppes, doch trocknet über Studieren geht und kann seinen größeren Wunsch, als daß die Gebetshausmaschine bald einen anderen Preisnischen ihr Antrete entgegennehmen möge. Das Juridex, das ein Arbeitgeber über allerlei Säulen der

Zeit forschungen müsse. Es fehlt jetzt, aber am Ende will er doch nicht fortwährend in Papier heften auf moderne Kulturmissionen sein. Das wäre heute an Erneuerungsschäften haben. Das hätte schließlich auch auf eine Generation mehr verteilt werden können; denn die Hauptaufgabe, die heute ein Arbeitgeber haben muß, Genügsamkeit und Gewalt, kann nicht von Heids wegen jedem Menschen auftreten. Wenn der Arbeitnehmer in Stadt und Land trotz allerdeutiger Mängel weiter rückt, deutet das von diesen Guten Konstitution, die es einstigen Tagen noch besitzt. Um sie zu erhalten, könnte der Arbeitstag höchstens aus Aussterben der Parochialen gehen, die theoretisch höchstlich machen, praktisch aber bloß Gott, Gott und Ver- durch sojten.“

Wir möchten dem Herrn Arbeitgeber, der derartige Klagenleider findet, den guten Rat geben, er möge doch einmal seine Stellung freischaffen und Arbeiter werden. Dann wird er schon merken, wie gut es der Arbeiter heutzutage hat. Vielleicht schenkt er sich dann doch noch mal nach den Freuden eines Arbeitgebers zurück.

Eine neue Aufgabe der Schärmacherverbände.  
Anfänglich gaben die Unternehmer mit der Absicht um, eine Statistik der von ihren Mitgliedern gezeigten Arbeits-  
löhne und Lohnsummen anzufertigen. Lohnstatistiken  
wurden bisher daher vereinzelt in Unternehmerverbänden  
gefertigt, die über kein brauchbares Material verfügten. Sie  
wurden von den Unternehmern selbst als unvollkommen  
oder unzureichend abgelehnt, da ihrer Einführung  
große Schwierigkeiten entgegenstanden. Durch ein Entschluss  
des Dr. Hesse-Duisendorf, das nunmehr bestehende Verband  
der Metallindustriellen und auch vom Verband der Schärm-  
industrie übernommen werden soll, ist es im Verband  
der wichtigsten bewaffneten Metallindustrien *von eingeführt*  
zu halten diese Statistiken beobachten zu sein.

Die Berufe der Metallindustrie haben (Unterstützung) eine soziale Einheit einzuführen, die dem feinen Großhandel Leistungsfähiges Material der neuartigen Rohstofftechnik gegenüstellen werden soll. Die Durchführung der Statistik ist in geheime, nicht durch einzelne Firmen zugelassene Probenahmen nach Abstich eines halb- und vierzähliger Erhebungsschichten zu führen, die einzeln für die einzelnen Arbeitergruppen eingesondert aufgestellt werden sollen. Nach Eingang der ausführlichen Probenahmen soll das darin enthaltene Gesamtmaterial in der Gesellschaft des Unternehmerverbandes zusammengeführt werden. Die Einteilung der Arbeitnehmer erfolgt in drei Verdienstklassen.

Die Ergebnisse der erzielten Ergebnisse der ersten Verhandlungen sind im folgenden dargestellt:

1. Jugendliche bis zum zwölften Lebensjahr und Lehrlinge, 2. Arbeitnehmer bis zum 21. Lebensjahr, 3. Vollarbeiter über 21 Jahre. Für 24 Sekretärinnen und Büroarbeiterin ist eine Löhne angegeben werden, dem Vorsteherin, Vorarbeiter und Monteur bis zum qualifizierten Arbeiter, zum Hilfsarbeiter und Tagelöhnern herab. Als Zweck der Statistik wird betont, daß bei Ausbruch von Arbeitsstreitigkeiten der Vorstand, bei der Leitungsführung des Unternehmens verantwortlich über die allgemeinen Lohnverhältnisse sofort eingreifen kann. Angaben zu machen in der Regel ist. Es wird empfohlen: Die Statistik soll den Wert der jodamaligen befreundeten Umfrage beobachten und zeitweise recht manigfach und komme mit ab. Durch den Wert einer ausgeweiteten ausführlichen Lohnstatistik können die Lohnmaterial der Gewerkschaften, monatlich diese neue Meinung des Unternehmensverbandes fest. Die Behauptung über zu niedrige Löhne bekräftigen, entgegengesetzten werden.

Eine Lohnstatistik für den Unternehmensverband wird sicher der Öffentlichkeit sehr schlecht belieben können. Außerdem wird sie durch den Gewerkschaften sehr korrekt geprägt. Statistik irgendwie erschüttern können.

## Gewerkschaftliches.

**Karlsruher Handlungen im Metallgewerbe.** Von 8. bis 11. Januar fanden in Karlsruhe unter der Leitung des Herrn Dr. Premerl-Münchens, d. Schul- und Berufsbildungsamt, eine Imparteilige Karlsruherhandlungen für das Metallgewerbe statt. In den bisherigen Vereinigungen der Betriebsräte des Deutschen Metallgewerbes sind von Arbeitgeberseite die Bündnisdeutsche Betriebsräte, und von Arbeitnehmerseite die fachsozialen Betriebsräte und eine politische Färbereorganisation schriftlich eingemeldet. Alle drei wurden aber im allgemeinen Einspruch abgewiesen.

verhandlungen abgewiehen. Die Verhandlungen zeigten, daß die Unternehmer im wesentlichen auf technische Argumente arbeiten, wie die Unternehmung als Monopolistin. Lange Auskunftsuntersuchungen beansprucht, zunächst die Frage des Verhandlungsbereichs. Die Arbeitgeber wollten nicht bis zum nächsten Sommer fertiggeschafft haben, um dann mit diesem zusammenfassenden Mitglied der von den Gewerkschaften eingerichteten Forderungen an Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung prüfen zu können. Sie begründeten dieses besonders mit der späten Einsetzung der Forderungen. Von der Gesamtverfechtung dagegen wurde unzweckmäßig erfasst, daß ihrer Verhandlungsbereitschaft diesmal von ihr nicht akzeptiert werden würde. Kartellform, Lohnfixierung und Dauer der Verhandlungen seien ein unteilbares Ganze, zumal jetzt eine Verhandlung nicht erst neu geschaffen, sondern nur umgeordnet werden könne. Die Arbeitgeber schätzten die beiden Verhandlungsfaktoren des Kartells und könnten nicht darüber den höheren Zellen annehmen wollen. Der Streit über Eingang am nächsten Tage nicht erledigt. Da Bequin eine Sitzung am nächsten Tage nicht erleben, da die Arbeitgeber verhandlungspflichtige Erfüllung zähle.

reiter folgende Erklärung ab:  
„Wir haben die Forderungen des Arbeiter- und Beamtenverbandes geprüft und sind zu der Überzeugung gelangt, daß auf die Lohnforderungen des freien Verbands wegen der normalen Höhe steilweise bis zu 40 p.M. ein Anreiz nicht gemacht werden kann. Wenngleich die Forderungen des Christlichen und katholischen Verbands möglicher sind, so wird in diesem Falle die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Materi- enwerkes völlig verlaufen, so daß sie die Grundlage für eine Verhandlung ebenfalls nicht bilden können. Es kommt also, daß uns die Lohnforderungen erst am 8. Januar beginnend, der Beratungsklausur zum Ausdruck gebracht

unsere Mitglieder im Lande auf die Forderungen vorbereitet und die Preisangabe für den größten Teil des folgenden Geschäftsjahres bereits abgegeben sind. Ertragssätze hätten die Forderungen uns bereits am 15. August zur Kenntnis gebracht werden müssen; wenn unsern Mitgliedern erst die Lohnforderungen liegen, wenn der endgültige Wortlaut des Betriebsvertrages feststeht, um so mehr, weil in den vorliegenden Anträgen eine Reihe weiterer schwierigender finanzieller Bedingungen der Arbeitgeber gefordert wird. Eine Verlängerung der Arbeitszeit müßte wegen der beständigen und dadurch hervorgerufenen Lohnaufschwung für die Betriebsfm. so groß wäre, daß durch eine bedeutende Lohnherabsetzung ein Ansatz geöffnet werden könnte. Das Baumengeme. fügt dem Teil ebenfalls längere Arbeitszeiten hinzu; wie läßt es sich dennoch erläutern, die zum größten Teil in einfiger Fähigung mit dem Baugewerbe arbeiten, erst dann eine Verkürzung empfehlen, wenn dasselbe eine einheitliche Arbeitszeitverkürzung geführt hat."

Diese Erklärung wurde von der Gehilfenvertretung wie folgt, ebenfalls schriftlich, beantwortet:

Aus der Erfahrung der Arbeitgeber entnehmen wir, daß die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen auf Verkürzung der Löhne und Verfestigung der Arbeitszeit abzielend gegenüberstehen. Die von den Arbeitgebern angeführten Gründe können uns von der Forderung auf Verkürzung und Arbeitszeitverfestigung nicht abbringen. Sicherlich haben wir die Überzeugung, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse geradezu auf eine Verfestigung der Löhne und der Arbeitszeit im Wettbewerbe drängen. Doch Einwand der Arbeitgeber, daß die Forderungen bereits am 15. August 1912 von den Arbeitnehmerorganisationen ihnen hätten vorgelegt werden müssen, ist karatisch zu bezeichnen. Zur Erfüllung der im § 12 des M.-A.-G. enthaltenen Bedingungen waren mit Sicherheit bereit und fähig, dies auch durch Schriftliche Antrag Rauenthal dem Arbeitgeberverein nur Kenntnis gegeben. Der Erfüllung der Arbeitgeberforderungen kann es nicht bedürfen, daß sie die Forderungen der Arbeitnehmer auf Verkürzung und Verfestigung der Arbeitszeit unterbreiten können, wenn das Beitragsmuster endgültig festgestellt entnehmen wir, daß sie keine Befreiung gegen die diese Fragen zu verhandeln. Wir betrachten die Feststellung der zulässigen Höhe der Löhne und der Dauer der Arbeitszeiten als so wesentliche Bestandteile des gesamten Vertrages, das sie nur im Zusammenhang mit den übrigen Bestimmungen geregelt werden kann.

Dieser wurde am 10. Januar in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten. Zu der Forderung des Weiterbestehenden den bisherigen Vertrag in einem allgemeinen für die Centralorganisationen und einen öffentlichen für die lokalen Organisationen zu teilen, wurde von uns unter Verzerrern ausgegangen, und durch diese Vorlage die Rechte und Pflichten der verschiedenen Organisationen klarer präzisiert, wiesen eine größere Selbständigkeit und Berantwortlichkeit und somit den Gangen einer festen Grundlage gegeben wird. Die Konsolidierung werde dadurch gefördert und die Differenzen, wie sie bisher vorgenommen sind, verminimiert. Die Unternehmer könnten mit der Bezeichnung der gegebenen Vereinigung nicht abreiten, lebten aber die Vorlage trotzdem ab. Auf Anregung der Unparteiischen wurde vereinbart, in Laufe weiterer Verhandlungen zwischen allgemeinen und speziellen Bestimmungen zu unterscheiden und im Sinne der vor der Gesellschaft vorgebrachten Argumente die Rechte und Pflichten der örtlichen Organisationen genau

Die nunmehr weiter geplagten Verhandlungen  
wurden aber wieder in der Frage des Tarifausstosses noch in  
der Frage des Lohnes zu einer endgültigen Vereinbarung  
in den Sommermonaten fortgesetzt, die Schäflein vor allem eine  
ausgedehnte Einschätzung über die festzuhaltenden  
Lohnstandards, damit nicht Maßregelungen bei Durchsetzung  
von Entwicklungen und Arbeitseinsatz mit einem theoretischen  
Lohnstandards abweichen würden könnten. Die Unter-  
verhandlungen wollten dann die jetzt bestehende Altersgrenze von 20 Jahren, bei der die höhere Entlohnung einfiebt,  
um 22 Jahre hinausziehen, um was eine wesentliche  
Durchsetzung des bisherigen Tarifvertrages bedeutete.  
Derner wollten sie besondere Bestimmungen über  
die Gehaltsentwickeltarife und mit sonstigen „untergeordneten  
Arbeitslöhnen“ Beschränkungen eingeführt wissen. Zugleich  
wollten sie die Arbeitsleiter der Denkschrift der Gehaltsförder-  
ung zu beobachten und überprüfen eine weitere Er-  
höhung vor. Am 11. Januar wurden die Verhandlungen  
über die Gegenstellung die Ausführungen für Überarbeit-  
einsätze und Landarbeiten, bei gefährlichen Arbeiten, über die  
Forderungen über die Durchsetzung des Arbeitsverhältnis-  
ses und die Lohnzahlung aufgestellt. Auch hier waren  
Forderungen nur in ganz ausnahmsfähigen, meiste reaktion-  
ellen Fällen zu gestatten. Daraufhin wurde festgestellt,  
dass besonders die bisherigen Bestimmungen über die Ar-  
beitsleiter bei Wechselseitigkeit und über den „notwendigen  
Lehraufwand“ abweichen würden. Sie wurden auch bereits  
in den Unparteiischen darüber informiert, dass diese Vorschriften vorgelegt,  
doch beiderseits noch weitere Erörterungen und Er-  
klärungen vorliegen. Die Gegenstellung soll aufzuneh-  
men noch in einer Norm und für bestimmte Umstände  
erweitert werden, nach unserer Vorlage festgelegt und angelehnt  
werden.

Die Tarifverhandlungen im Dolzgewerbe gescheiterten am 15. Februar 1913; lautem Rechtsverbot in einer so hohen Angabe alle die Tarifverträge ab. Neben die Erwerbung der Tarife kamen nun die "Wahlverträge".

Vorlesungen und Mitte Dezember die ersten Verhandlungen größtenteils den Beratern statt. In den Vorlesungen berücksichtigten vorerst den Berater nicht, daß schriftlich bei den früheren Beratungsvorlesungen, über den Absatzmarkt der Beratungs- und Förderungsförderung zuerst verhandelt werden soll, während die Sitzungen an den einzelnen Orten der Region durch direkte Verhandlungen zwischen den Beratern der Erdgasparteien vereinbart waren. Bei den zentralen Verhandlungen stieß sich der Arbeitsgerücksichtsverband auf den Standpunkt, daß entgegen der bisherigen Leitung, die dahin ging, vierjährige Beratungsabschlußverhandlungen, diesmal nur Beratungen für drei Jahre abgeschlossen werden dürfen. Weitere prallierten der Arbeitsgerücksichtsverband den Grundzügen, daß eine Arbeitszeitverkürzung unter 34 Stunden nicht ausdrücklich festgestellt werden sollte, die jetzt schon eine Arbeitszeit von mindestens 36 Stunden haben sollen; also auf jede weitere Beratung verzögerten. An diesen grundsätzlichen Differenzen, die Unternehmer kritisierten die Beratenden

Innenfern stand am 3. und 4. Januar ein arbeitsamtlicher Verhandlungs- bzw. Arbeitsgerichtsverhandlung statt, auf welchen der Vorstand und die Delegierten des Gewerbeverbands sich gegenüber sehr modisch machten. Diese außerordentliche Generalversammlung kam nun nach der Arbeitszeit-Zeitung beschlossen, dass an den bislangigen Tagen in der Tarifverneuerungsfrage festzuhalten sei, dass in den einzelnen Differenzenpunkten man ingießend auf die Kräfte des Schutzbündnisses zurückgreifen und der Vorstand des Schutzbündnisses darum bemüht ist, die Arbeitsnachfrage als den wichtigsten Gegenstand bei den diesmaligen Verhandlungen einzusehen, um fassen. Im Hinblick auf den Arbeitsnachfragebeitrag kommt es nach der Generalversammlung auf: Beide partizipative Arbeitsnachfragefolgen sind zur Einführung kommen, und dort, wo sie bestehen, soll die Bevölkerungsgruppe bestmöglich werden. Ebenso bestätigte die Versammlung des Schutzbündnissesstandes in der Kräfte der Arbeitszeit und des Abschlussermins der Verträge und schließlich wurde den in den Kampf ziehenden Schwärzern eine Solidaritätsförderung gegeben. Sie an der Lohnbewegung nicht beteiligten Holzgewerbebetrieben haben den in der Lohnbewegung stehenden Städten die weitgehende Unterstützung ausgesetzt, heißt es in dem Beitrag in der Arbeitszeit-Zeitung.

Seit dieser Rückenföhrung und der Vorstand des Arbeitgeberverbundes, die Arbeitgeberseite auf dem 10. Januar zur Fortsetzung der zentralen Verhandlungen in das Gebäude der Berliner Oberfinanzdirektion. Da eigentlichen Verhandlungen fand es aber hier nicht. Gleich zu Beginn der Sitzung legte der Vorstand des Arbeitgeberverbundes den Abschlußvertrag ein umfangreiches Schriftstück vor, das „Antrag auf Abrechnung“. Es enthielt für jeden eingetreten Ort das Spiegelblatt, wodurch die Unternehmer zu maden bereit sind. Wenn auch die Beiträge abzuführen sind. Eine Berichtigung der Arbeitzeit ist nur für ganz wenige Städte ausgestanden, die eine gewöhnlich lange Arbeitszeit haben. Sie ist wie vorher angekündigt, in den Städten, wo die Arbeitszeit länger ist, so die Arbeitszeit jetzt schon 54 Stunden über längere beträgt. Eine Fortberichtigung haben die Unternehmer unangemeldet verfüllt; aber sie ist ja mehr als beabsieht. Für jedes der drei Vertragszonen soll, in der Regel jeweils am 1. Oktober eine Erhöhung der Stundenarbeitszeit um einen ganzen Pfennig eintreten; aber diese Regel erhielt noch Ausnahmen. Für Berlin sind eine Reihe von Vertragsänderungen vorgesehen, die nicht nur ideelle, sondern auch materielle Verpflichtungen bedeuten. So sollen beispielsweise die Werkzeugabfälle erhöht werden.

wie die Montagausgaben erheblich reduziert werden. Nachdem die Arbeitgeberverbände das Angebot der Arbeitgeber unter sich besprochen hatten, mochten sie den Vorschlag dieses Angebots als Grundlage für nun zu schließende Verhandlungen über die eingehenden Städte annehmen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von den Unternehmen entschieden abgelehnt. Sie erklärten, daß ihr Angebot ein einheitliches Ganges sei, an dem nichts geändert werden dürfe; es könne nur angenommen oder abgelehnt werden. Damit waren die Verhandlungen sehr schnell bei dem trüffeligen Punkt angelangt. Das Ultimatum des Arbeitgeberverbands mußte, wie diese auch vorher gewußt hat, abgelehnt werden, und somit waren die Verhandlungen

Es ist kaum Ausicht vorhanden, daß sie noch einmal aufgenommen werden, da die Beiträge schon am 15. Februar auslaufen.

**Anerkennung der Gewerkschaftsarbeit.** In Würdigung der kultivierenden Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Unterhaltungs- und Bildungswesens der Gewerkschaft von Reichshof, die die großen Erfolge der Arbeiterschaft haben, werden im Gemeindekollegium der Stadt München für das im vorhergehenden Bericht erbaute Gewerkschaftshaus der freien Gewerkschaften eine Spende in Höhe von rund  $\text{M} 400\,000$  zu möglichen Ausführungen genehmigt.

Gozialeg

Die Errichtung eines Reichsdeichungsbüros beschäftigte die Petitionskommission des Reichstages am 15. Januar. Das Gewerbegebot der freien Hansestadt Bremen stellte den Antrag, als Reichsdeichungsamt eine Behörde mit den Verhältnissen eines ordentlichen Gerichts einzurichten, das als zuständige Vermittlungsstelle bei Streitfällen als Hoheste Richtstätte bei Landstreitigkeiten dienen sollte. Nach langerer Debatte jünntete die Kom-

**Krankenfassenverbände und Leipziger Arbeiterband.** Unmittelbar nach Verabschiebung der Reichsberufssicherung kündigte der Leipziger Arbeiterverein den Verbänden an, daß er nunmehr seine Förderungen mit allen Mitteln des Sozialstaates durchsetzen werde. Die Förderungen des Arbeiterverbands für die Krankenfassen verlangt, daß der Arbeiterverein mit den Krankenfassen verbündet wird, und daß die Krankenfassen nicht mit einzelnen Arbeiter-Vereinen, sondern nur mit den Zweigorganisationen des Arbeiterverbands. Im gegenwärtigen Stadium des Kampfes ersuchen uns die großen Krankenfassenhauptverbände um Aufnahme der folgenden Erklärung:

Die Krankenfassengenossenschaften, welche die Interessen über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigten und in der Urkunde in allen Punkten völlig einig gehe, haben bereits bei früherer Gelegenheit angegeben, daß den beteiligten Bürgern, mit den Zeugen in Frieden zu leben und eine Verhandlung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleitete Einigungsbewilligung zwischen den Verbänden der Krankenfassen und der Arbeiter vorläufig geschafft ist, halten wir die Krankenfassenvorstände für gebeten, vor der Deutschen Reichstagsitzung folgendes festzustellen:

1. Die Krankenfassenvorstände waren bereit, an den Einigungsbewilligungen teilzunehmen an der Deutschen Reichstagsitzung in der Abgeordnetenkammer des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück in einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. Februar 1913 zuverlässig waren. Die Krankenfassenvorstände hoffen sich hieran unter Zurückstellung schwerer Bedenken entzößen und obwohl sie nach ihrer eifrigsten Überzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in einer ungünstigen Stellung gebracht waren, demgegenüber ist der Leipziger Arbeiterverbund trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung doch verblieben, daß er Vertrakte zu den Einigungsbewilligungen nur dann entstehen werde, wenn die Teilnahme der Arbeiter daran auf die Arbeiterkreise seiner Rücksicht befrüchtet werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verbund in dieser Beziehung Vorwürfe machen zu lassen und erklärt, daß der Leipziger Verbund das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Einigungsbewilligungsvertrages der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenfassengenossenschaften prechen sich weiter einigst aus, gegen Sonderverhandlungen zwischen Krankenfassenvorständen und Arbeitervereinen zu verzögern. Sie fordern, daß diese Art der Verhandlungen aufzugeben ist. Wenn sie auf diese Weise der heiligste Friede in vollen Umfang gesichert zu erreichen ist, kleine der beiden Parteien würde bei solchen Einigungsbewilligungen mit vollkommen Freiheit vorzeichen können, weil sie sich durch Aussicht auf die Gesamtklage gebunden fühlen würde. Einigungsbewilligungen können nur dann zustande kommen, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschlossen.

3. Der Leipziger Arbeiterverbund steht den Krankenfassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angekündigt, der alle Arbeiterberufe umfasst, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein Einigungsbewilligungen mit vollkommen Freiheit vorzeichen können, weil sie sich durch Aussicht auf die Gesamtklage gebunden fühlen würden. Einigungsbewilligungen können nur dann zustande kommen, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschlossen.

**Hauptverband deutscher Christenfassenvorstände, Dresden.** **Hauptverband deutscher Betriebsfassenvorstände, Köln.** **Gesamtverband deutscher Krankenfassen, Eisen-Cann.** **Allgemeiner deutscher Knappfasserverband, Berlin.** **Verband deutscher Innungskrankenfassen, Hannover.** **Zentrale für das deutsche Krankenfassenswesen, Berlin.**

## Genossenschaftliches.

Der Stand und die künftige Entwicklung der Eigentumsproduktion der Großelaufsgesellschaften deutlicher. Über die Produktionsabteilungen der Großelaufsgesellschaften macht Dr. A. Müller in der "Konjunkturgenossenschaftlichen Rundschau" folgende Angaben: Die Seifenfabrik in Gröba ist so stark beschäftigt, daß der Bau einer zweiten, ebenso leistungsfähigen Seifenfabrik in einem andern Teile Deutschlands nicht mehr lange aufgeschoben werden kann. Im Jahr 1913 wird mit dem Bau der zweiten Seifenfabrik in Dößelberg begonnen werden. Im vorigen Jahre wurde das Lagerhaus in Niesa in Betrieb genommen, ferner in Görlitz das neue Lagerhaus, in dem auch ein großes Manufakturwarenlager untergebracht ist. Eine Anzahl weiterer, für das Landesteil in Aussicht genommene Produktionsbetriebe ist in der Ausführung begonnen, und es wird nicht mehr allzu lange dauern, bis zur Errichtung stehende freie Fläche bebaut ist. Auch die Vorarbeiten zum Bau eines neuen großen Lagerhauses in Görlitz sind im vorigen Jahr erheblich gefördert worden. Mit der Ausführung dieses Projekts wird wohl auch in der nächsten Zeit begonnen werden. Die Industrieanlage der 8 in d. holzfabrik in Lauenburg soll im Herbst vorigen Jahres statt. Am 1. Januar 1913 ging die Nordhäuser

Rautakolaboratoren-Genossenschaft mit allen Aktiven und Passiven der Großelaufsgesellschaften deutlicher Konsumvereine über. Räumchen und Kautabale werden demnach von der Hoffnungswende an in den eigenen Betrieben der Großelaufsgesellschaften deutlicher Konsumvereine hergestellt. Die Erzeugung von Rauchtabak ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, so daß die genossenschaftlich organisierten Tabakgenossen binnig unabhängig von privaten Unternehmen sein können, wenn sie das wollen, das heißt, wenn sie ihre Tabake den Genossenschaften entziehen. Alles in allem wird man sagen dürfen, daß die genossenschaftliche Entwicklung, deren sich die deutsche Konjunkturgenossenschaften bewegung erfreut, auch der Großelaufsgesellschaften dauerhaft eine große Zukunft gewiesen, dessen gesetzliche Resultate von der gesamten Genossenschaftsbewegung mit großer Beschwörung eingezogenommen werden können.

besten 100, Kastel 100, Schinkel 100, Swinemünde 100, Treuenbrietzen 100, Wiesbaden 100, Wörth a. Rh. 100, Siedelsbrunn 75, Landshut 60, Ulrich 50, Hüttenrode 50, Nieden 50, Summa 12.555.

Altona, den 18. Januar 1913.

Fr. Kläischen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 87.

## Briefkasten.

(Widmungen in Sachen des Bürgerlichen Rechts: Briefkarten teilt nicht, ebenso erläutert wie seine politische Absicht, auch nicht, wenn Blitzeporto beigelegt.)

Neumünster, K. Deine Beschwerde wegen der Mißstände am Bau der Lüchshafen holen wir dem Vorstand zur Entscheidung übergeben.

M. W. B. 88b. Du mußt mit Deinem Untier schon zum Arbeitserleichterung geben, in Sachen des bürgerlichen Rechts gibt mir keine Lustkunst.

M. in Durlach. Haushaltseinschüsse nehmen wir nicht an, aber nicht wöhrendlich, sondern erst nachdem die Rechte zu Ende ist. Solange mußt Du die wöhrendlichen Aufzeichnungen selbst sammeln. Die Hauptfrage können wir nicht beantworten, in solchen Sachen ist jeder selbst Schiedsrichter.

Ulm. Preislistungskommission. Wir haben davon Notiz genommen, daß der als Geschäftsführer für Ulm geschäftliche Rechte nicht ganz, sondern doch ganz wichtig ist. Wir glauben aber, daß hiermit eine Berichtigung erbracht.

Weimar, O. Dr. Ihr müßt uns die volle Adresse des Vorstandes mitteilen, wenn wir die Aenderung bekannt machen sollen.

Niedorf, W. 24. Der Bericht aus Sofia steht in "Der Grundstein" 1912. Weiteres ist uns über die Bewegung nicht bekannt.

Landsberg a. d. W., Sagau. Versammlungsanzeigen müssen für die Nummer, für die sie bestimmt sind, besonders eingetragen werden. Vorankündigungen für das ganze Jahr im voraus können nicht erfolgen.

## Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Sektionen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

## Sterbetafel.

Altenburg. Am 2. Januar starb unser langjähriges Mitglied Otto Fuchs im Alter von 62 Jahren an der Prostatakrankheit. Der Verstorbene war Mitglied der unierten Gemeinde.

Berlin. Am 14. Januar starb unser Mitglied Heinrich Jahn im Alter von 50 Jahren an Herzkrankheit.

Heile im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.

Chemnitz. Am 16. Januar starb infolge Angina pectoris unser langjähriger Kollege Rudolf Nestler im Alter von 50 Jahren.

Coburg. Am 3. Januar starb unter freiem Mitglied Christian Oppenkuop im Alter von 64 Jahren an Lungenerkrankung.

Eisenach. (S. a. S. 81) Am 9. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege W. Albrecht im Alter von 39 Jahren an Krebsleid.

Großberndorf. Am 14. Januar starb unser Kollege Frieder. W. im Alter von 20 Jahren an Diphterie.

Hamburg. Am 11. Januar starb unser Kollege Gustav Kell aus schwerem Leiden im Alter von 26 Jahren.

Kiel. Am 12. Januar starb unser Kollege August Kornapfel im Alter von 43 Jahren.

Kronach. Am 10. Januar starb auf einer Pressereise in Berlin unser treuer Kollege Theodor Binstubbe im Alter von 67 Jahren an Lungenerkrankung. Er war einer von den besten Kollegenten unseres Zweigvereins.

Leipzig. Am 18. Januar starb unser Kollege Richard Meyer im Alter von 29 Jahren an Herzschwäche.

Stendal. Am 18. Januar starb unser Kollege Hermann Brackrak, 59 Jahre alt, an Nierenverschärfung.

Stettin. Am 18. Januar starb unser Kollege Willy Thomas, 29 Jahre alt, an Influenza.

Stettin. Am 18. Januar starb unser Kollege H. Schnitt im Alter von 46 Jahren und am 16. Januar starb unter langjähriger Kollege K. Heitmann im Alter von 67 Jahren beide Herleiden.

Mainz. Am 10. Januar wurde unser Kollege und unser Sektionsvorsitzender Frieder. Kolb, 29 Jahre alt, beim Holzfassensortiment-Zimmermeister.

Melle. Am 17. Januar starb unser 32 Jahre alter Mitglied Herm. Fischer, 84 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

Nowawes. Am 18. Januar starb noch lange Krankheit unter Kollege Emil Schatter im Alter von 68 Jahren an Magentreits.

Rieder. Am 11. Januar starb unser Kollege Ludwig Weschke an Influenza.

St. Louis. Am 16. Januar starb unser Kollege Ferdinand Seggesser, 29 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

Stgalien. Am 16. Januar starb unser Kollege Otto Schneiger zu Greifswald in der Universitätsemitte im Alter von 88 Lebensjahren.

Treuenbrietzen. Am 12. Januar starb unser Kollege August Kinnemann, 68 Jahre alt, an Magentreits.

Wittenberge. Am 11. Januar ist unser Kollege Emil Israel im Alter von 40 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

Ehre ihm! Denken!

## Adressenveränderungen.

(V. bedeutet Vorsitzender, R. Kassierer, L. Vertriebsrat, H. Sekretär, Rz. Reisemutterung wird ausgesetzt bzw. aufgehoben)

Helmsdorf. V. August Homigk, Langer Steinweg 20, part. Landsberg a. d. W. Paul Morgenstaf, Friedrichstadt 80, Luckenwalde. V. Karl Schulz, Maurer, Heldstr. 17.

Nießlischau. K. und Rz. Emil Schädel, Heldstr. 14. Der "Bayrische Hof" ist nur Verleihlokal, aber nicht Herberge, Postst. V. M. Wenzel, Bochum, Bahnhofstr. 12.

## Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsstellen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu benennen.

## Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 26. Januar.

Altenburg. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung in "Alders".

Betzig, Nachm. 4 Uhr bei der Ziehle.

Frensdorf. Nachm. 1½ Uhr Generalversammlung bei Volt.

Hersbrück. Abend. 3 Uhr Generalversammlung. Abendliche Tagesordnung.

Hintersee. Nachm. 3 Uhr bei Grumbach in 81 Hohenburg. Abendliche Tagesordnung.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung in der "Arbeitskolonie" in Tannenbach 1, 2. Etage.

Werdau. Nachm. 4 Uhr bei der Gaststätte "Zum Löwen".

Lychen. Nachm. 4 Uhr bei Robert Deltom, L.-O.: Abrechnungen.

Lehnin. Nachm. 2 Uhr bei der Ziehle. L.-O.: Abrechnung, Jahresbericht.

Treuenbrietzen. Nachm. 3 Uhr im Obermannshaus Hotel. Abendliche Tagesordnung.

Zossen. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Mittwoch, den 2. Februar.

Berlin. (Zw. 1. Februar). Vorm. 10 Uhr im Kino, Lange Straße 100.

Salzwedel. Nachm. 4 Uhr im Gewerbeschule. L.-O.: Jahresbericht.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr im Obermannshaus Hotel. Abendliche Tagesordnung.

Wittenberge. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Sagau. Zu bekannter Zeit.

Sonntag, den 9. Februar.

Berlin. (Zw. 1. Februar). Generalsammlung bei Ohligs, Schwedter Straße. L.-O.: Jahresbericht. Vorstandswahl.

Bremen. Nachm. 4 Uhr bei dem Schuster.

Dresden. Nachm. 2 Uhr bei Wohlhaus, L.-O.: Jahresbericht, Jahresangestellten.

Döbeln. Nachm. 4 Uhr bei dem Schuster.

Elsterwerda. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Großberndorf. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

Hirschberg i. Sch. Nachm. 3 Uhr bei dem Schuster.

H